

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Krisenzeichen: Diebe klauen lieber Olivenöl als Ölgemälde.** Seite 8

**Farah Rummy** ist Pflegefachfrau und neu auch Nationalrätin

# Zwei Knochen-Jobs

Seite 3



**Stahlwerke verstaatlichen?**

Schweizer Stahlwerke sind in der Krise. Das schadet Büzern und Klima. Seite 5

**«Wochenenden sind futsch!»**

Verkäuferin über den neuen Ladenschluss in Bern. Seiten 10–11

**«Das läuft schief in Deutschland»**

Verdi-Chef Werneke im Interview. Seite 13

## Das steht in Ihrem GAV

Ist Ihre Firma einem GAV unterstellt? Dann lohnt sich ein Blick in den Vertrag. So geht's: Seiten 16–17



**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## IMMER WIEDER SONNTAGS

Wegen eines Scoville-Tests fiel einst ein Sonntag aus. Je höher der Scoville-Wert, desto schärfer der Chili. Ganz scharf attackieren die Bürgerlichen den Sonntag und den Gesundheitsschutz. Doch der Reihe nach.

«Immer wieder sonntags» – so der Schlager-Ohrwurm aus den 1970ern von Cindy & Bert. Es ist auch der Name einer Schlagersendung, die seit 1995 Jahren in den Sommermonaten jeweils sonntags ausgestrahlt wird. Moderiert wird sie seit 20 Jahren von

**Ineffizienz ist, o neoliberaler Graus, an Sonntagen erlaubt.**

Stefan Mross, der wiederum eines Sonntags im August 2014 die Sendung fluchtartig verlassen musste, weil ihm Chili-Sauce den

Atem verschlug. Welchen Scoville-Wert die Sauce aufwies, ist nicht bekannt.

**HEMMUNGSLOS.** Chili ist nicht jederfrau und -manns Sache, und Schlager schon gar nicht. Aber die Sendung zeigt: sonntägliche Rituale sind beliebt. Sei es ungebremst ausschlafen, hemmungslos dem Serien-Marathon fröhnen, endlich Zeit mit der Familie verbringen oder frühmorgens ein Ründeli joggen: am Sonntag ist alles etwas ruhiger, gemächlicher. Ineffizienz ist, o neoliberaler Graus, erlaubt. Übrigens sogar in pulsierenden Grossstädten. Wohl auch deshalb, weil jene, die Búezerinnen und Búezer zu Unzeiten chrampfen lassen, sonntags nicht in ihren wohltemperierten Büros sitzen.

**HEMMUNGSLOS?** Klar, für Chili- und andere Notfälle sind wir alle froh um Sonntagseinsätze der Fachleute. Doch wie der Bundesrat aufzeigt, gehen die Ausnahmen für Sonntagsarbeit weit über Notfälle hinaus. Ausnahmen gelten für Gastbetriebe, Bäckereien, Konditoreien, Confiserien, Kioske, Familienbetriebe, Verkaufsstellen an Bahnhöfen, Flughäfen und anderen Terminals des öffentlichen Verkehrs und in Grenzorten, und nicht zu vergessen, in Tourismuszonen. Also eigentlich schon fast überall. Doch selbst das ist den Turbo-lädelerinnen und -lädelerinnen nicht genug. Sie wollen, dass die Arbeitnehmenden antraben, wann immer es den Arbeitgebern passt. Und verkaufen dies mit dem «Bedürfnis der Bevölkerung». Wobei ebendiese Bevölkerung in den letzten 20 Jahren in über 70 Prozent der Abstimmungen Nein gesagt hat zu längeren Ladenöffnungszeiten.

**HEMMUNGSLOS!** Und die Bürgerlichen setzen damit bewusst die Gesundheit des Verkaufspersonals aufs Spiel. Denn zahlreiche Studien zeigen deutlich: regelmässige Sonntagsarbeit macht krank. Sie führt zu Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Darm-Beschwerden und Problemen in der Schwangerschaft.

Ganz genau scheinen sich die Öffnungsturbos auch mit den «Bedürfnissen der Touristinnen und Touristen» auszukennen. Diese wollten am Sonntag unbedingt einkaufen, und zwar vor allem Gucci-Täschli und Manolo-Blahnik-Sandalen. Dezidiert anderer Meinung ist Manuela Angst, Chefin der Tourismusorganisation Bern Welcome. Sie sagt in den TX-Zeitungen: «Aus Sicht des Berner Tourismus ist die Ladenöffnung am Sonntag nicht zentral.» Ohnehin ist das Verkaufspersonal in der Hauptstadt schon arg strapaziert. Der Berner Regierungsrat hat im Oktober einem Pilotprojekt zugestimmt, das am Samstag die Öffnungszeiten um eine Stunde verlängert und dafür am Donnerstag um eine Stunde kürzt. Die Berner Verkäuferinnen und Verkäufer wurden nicht konsultiert. Sonst hätte die Regierung möglicherweise mitbekommen, dass mit der längeren Arbeitszeit am Samstag das ganze «Wochenende futsch ist», so Filialleiterin Kimberly Ackermann. Und sie zieht eine scharfe Bilanz: Ein trauriger Anblick sei das am Samstagabend in der Berner Innenstadt: «Überall leere Läden und unglückliche Mitarbeitende.» (Seiten 10 bis 11)

# Mietabzocke und Lohnklau bei St. Galler Gipserfirma 400 Franken für eine Abstellkammer

**Die Zey Bau AG aus Widnau SG lockt ausländische Gipser mit falschen Lohn- und Wohnversprechen in die Schweiz. Jetzt droht dem Chef Ungemach!**

JONAS KOMPOSCH

Marius Balan\* ist voller Hoffnung, als er in Bukarest ins Flugzeug steigt. Über Facebook hat der Rumäne eine Stelle in der Schweiz gefunden. 26 Franken pro Stunde hat ihm die St. Galler Zey Bau AG versprochen. Für den Familienvater ist das sehr viel Geld. In Rumänien verdienen Gipser wie er keine 400 Franken im Monat. Doch Balan

**Der Arbeiter erhielt einen Dumpinglohn, der gegen den GAV verstösst.**

wird herb enttäuscht. Das «möblierte» Zimmer, das er über seinen Chef in Arbon TG mietet, ist komplett leer. «Mir blieb nichts anderes übrig, als die erste Nacht auf dem Boden zu schlafen», sagt Balan.

Ähnlich ergeht es dem rumänischen Gipser Ionell Popescu\*. Auch er ist von der Zey Bau in die Schweiz gelockt worden und mietet in Arbon ein Zimmer. Auch ihm zieht der Chef dafür 400 Franken vom Lohn ab. Popescu hat sogar ein Bett. Mehr aber nicht. Denn sein «Zimmer» ist eine vier Quadratmeter winzige Abstellkammer. Ihre Tür lässt sich bloss einen Spalt weit öffnen, das reingequetschte Bett versperrt den Durchgang (siehe Video, QR-Code).

**ZWANZIGERNÖTLI STATT LOHN**

Am meisten schockiert all das Ioan Dumitru\*. Dieser Gipser ist damals nämlich Alleinmieter der Wohnung, die nun plötzlich zur Búezer-WG wird! 920 Franken zahlt Dumitru für die gesamte 3,5-Zimmer-Bude. Nun aber erhält er plötz-

\* Namen geändert



**FRECHHEIT:** Für dieses «Zimmer» wurden dem Arbeiter aus Rumänien mehrere Hundert Franken vom Lohn abgezogen. FOTO: JOK

lich Mitbewohner – bei gleichbleibendem Mietzins! Sein Chef macht derweil Kasse und lässt die Neuankommlinge schwitzen. Balan leistet in einem Monat über 180 Stunden. Doch statt der versprochenen 26 Franken erhält Bogdan nur 23.92 Franken – ein Dumpinglohn, der gegen den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) des Maler- und Gipsergewerbes verstösst. Rechtzeitig auf dem Konto ist er trotzdem nicht. Balan sagt: «Wir wurden immer vertröstet. Bloss einmal hat mir der Chef ein Zwanzigernötl vorgeschossen.» Balans Kollegen geht es gleich. Erst als sie die Unia einschalten, fliesst Geld. Aber erstens nicht genug – es fehlen die Anteile für den 13. Monatslohn –, zweitens nur in bar, was laut GAV verboten ist. Und drittens nicht bei allen.

Gipser Abdul Nasser\* hat bis heute keinen Rappen gesehen. Und dies, obwohl er vor der Schlichtungsstelle einen Erfolg verbuchte: Die Zey Bau hatte unterschrieben, dass sie bis Ende 2023 seinen ge-

samten Lohn bezahlen werde. Auch anderen Arbeitern versprach die Firma vor der Schlichtungsstelle, sie bis Ende Dezember zu bezahlen. Doch bis heute hat noch keiner von ihnen Geld gesehen.

**IM SCHULDENSUMPF**

Der deutsche Gipser Heinz Hammer\* ist deswegen in eine existentielle Krise geraten: «Ich stecke knietief im Schuldensumpf!» Die Zey Bau schuldet Hammer knapp 20 000 Franken. Sein Landsmann Martin Müller\* wäre sogar beinahe obdachlos geworden: Weil er seinen Lohn trotz wiederholten Forderungen nicht erhalten hatte, weigerte Müller irgendwann die Arbeit. Darauf erhielt er die fristlose Kündigung. Der Mietvertrag für das Zimmer lief weiter. Doch das sei dem Chef egal gewesen: «Er wollte mich rausschmeissen und drohte mit der Polizei.» Vergebens. Müller wusste das Recht auf seiner Seite. Ausserdem die Unia, die jetzt in mehreren Fällen Klage einreicht.

**«MACHEN SIE SICH KEINE SORGEN!**

**SO REAGIERT DER CHEF**

Inhaber der Zey Bau AG ist der Österreicher Mikail Zeybekoglu (23). Mietwucher betreibt er nicht, behauptet der Jungspundchef. Die Probleme bei der Unterbringung seien «umgehend und kulant» gelöst worden. Und am Chaos in seiner Firma sei nicht er, sondern sein Vorgänger schuld. Dieser habe ihm die Firma in äusserst marodem Zustand verkauft – mit versteckten Schulden und mangelhafter Buchhaltung. Das habe er zu spät realisiert. Zeybekoglu fordert vom Vorbesitzer über 152 000 Franken zurück.

**GEGENVORWURF:**

Dafür hat er einen bekannten und in der Region gut vernetzten Anwalt engagiert: Philipp Schneider. Er war jahrelang St. Galler Stadtparlamentarier und CVP-Präsident. Davon lässt sich der Vorbesitzer nicht beeindrucken. Er wirft Zeybekoglu vor, den vereinbarten Kaufpreis nicht bezahlt zu haben. Deshalb werde er ihn demnächst betreiben. Und wann kommen in diesem Trauerspiel die Arbeiter zu ihrem Recht? «Machen Sie sich keine Sorgen», sagt Zeybekoglu, «ich kann Ihnen garantieren, dass ich trotz so vielen Problemen die Mitarbeiter bis Ende März ausbezahlen werde.» work bleibt dran. (jok)

## Verpackungskonzern Amcor will in Frankreich Stellen streichen Obelix protestiert lautstark in Zürich

**Etwa 100 französische Arbeiterinnen und Arbeiter protestierten in Zürich zusammen mit der Unia gegen eine Massenentlassung beim Verpackungskonzern Amcor.**

IWAN SCHAUWECKER

«On est là!» rufen die Protestierenden vor dem Hauptsitz des Verpackungs Herstellers Amcor in Zürich Oerlikon. Fast 100 Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Amcor-Werk in der französischen Gemeinde Saarburg sind aus Frankreich angereist. Zusammen mit der französischen Gewerkschaft Force ouvrière und der Unia kämpfen sie für einen sofortigen Entlassungsstopp und eine Garantie für den Weiterbestand ihrer Fabrik. Denn Amcor will 47 der

230 Mitarbeitenden in Saarburg entlassen.

**«KEINEN MUT»**

Die Protestierenden wollen mit den Verantwortlichen in Zürich sprechen. Doch am Hauptsitz lässt man die Búezerinnen und Búezer im Regen stehen. Ralph Blindauer vertritt als Anwalt die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Er sagt: «Die Manager haben nicht den Mut, nach Saarburg zu kommen, dann kommen wir eben hierher! Und wenn sie uns dieses Mal nicht treffen wollen, dann kommen wir das nächste Mal mit 300 Personen.»

Alain steht in einem Obelix-Kostüm und mit Megaphon



in der Hand vor dem Amcor-Gebäude aus schwarzem Granit und Glas: «Ich arbeite seit 35 Jahren als Elektriker in diesem Betrieb, aber so etwas habe ich noch nie gesehen. Das ist ein regelrechtes Massaker!» Alain sagt, dass er nicht für sich selbst hier sei: «Ich werde demnächst pensioniert, aber ich stehe hier für meine Kolleginnen und Kollegen.» Es gehe ihm ums Prinzip: «Die Leute werden als Nummern und als nichts anderes gesehen! Das ist traurig!» Auch Matteo Pronzini, leitender In-

dustriesekretär der Unia, steigt auf die Bühne und ruft den Menschen zu: «Euer Kampf ist unser Kampf! Solidarité internationale!»

**VORERST ABGEWENDET**

Servin Roos ist als Delegierter der Personalkommission der Amcor-Fabrik nach Zürich gekommen. Er sagt, mit Streiks habe man die Entlassung der 47 Mitarbeitenden vorerst abwenden können. Aber: «Wir wollen eine verbindliche Zusage, dass die Fabrik erhalten bleibt.» In Saarburg befürchtet man, dass die verhängnisvolle Konzernstrategie fortgesetzt wird: Im letzten Jahr hat Amcor weltweit 1200 Mitarbeitende entlassen und die Dividendenrendite für die Aktionäre auf 5,3 Prozent erhöht.

## Farah Rummy: Die Stimme der Pflege im Bundeshaus

# Pflegerin, Nationalrätin, Grenchnerin



**VIELSEITIG UNTERWEGS:** Farah Rummy ist Mitglied des Schweizer Parlaments, sitzt in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates und ist Co-Präsidentin des Schweizer Berufsverbandes für Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner. Neben ihren politischen Ämtern arbeitet sie als stellvertretende Berufsschullehrerin für angehende Pflegekräfte. FOTOS: SEVERIN NOWACKI

**Die neue SP-Nationalrätin Farah Rummy (32) schaffte es in nur vier Jahren vom Spital ins Bundeshaus. Jetzt sagt die gelernte Pflegerin, wie es um die Pflegeinitiative steht und warum sie ihre Migrationsgeschichte nicht automatisch zur Migrationsexpertin macht.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Knapp 100 Tage sitzt Farah Rummy (32) nun im Nationalrat. Diese Zeit war intensiv, neu, herausfordernd und motivierend. work trifft Rummy zum Feierabendtee im Grenchner Stadtkern, die Nationalrätin kommt direkt vom letzten Sessionstag. Die Wahl im vergangenen November kam für sie überraschend: In ihrem Heimatkanton Solothurn erhielt sie die zweitmeisten Stimmen. Weil ihre SP-Parteilandin Franziska Roth im zweiten Wahlgang den Sitz im Ständerat für sich gewinnen konnte, rückte Rummy nach. Das war ihr Eintrittsticket nach Bundesbern. «Die Wahl hat mein Heimatgefühl zu Grenchen und dem Kanton Solothurn noch mehr bestärkt.» Für die diplomierte Pflegefachfrau ist es wichtig, die Basis im Parlament zu vertreten: «Ich will wissen, wo der Schuh bei der Bevölkerung drückt.»

### DEN SPIESS UMDREHEN

Für Rummy liegt der Fokus ihrer politischen Arbeit klar in der Pflege. Als Jugendliche hat sie eine Lehre als Fachfrau Gesundheit bei der Spitex absolviert, bildete sich zur diplomierten Pflegefachfrau weiter und arbeitete viele Jahre in der Branche – mal am Spitalbett, mal im Labor. Sie kennt alle Sonnen- und Schattenseiten dieses Berufs. Ihre Arbeit in der Pflege hat sie politisiert. «Besonders während der Coronapandemie spitzte sich die Lage nicht nur für Patientinnen und Patienten zu. Der Druck auf die Pflegekräfte wurde immens.» Rummy erinnert sich noch genau an eine lange Schicht auf der Intensivstation im Solothurner Spital. «Eine gute Kollegin traf während dieser Schicht aus Verzweiflung den Entscheid, den Beruf zu ver-



IM GESPRÄCH: Die Nationalrätin beim work-Interview in einem Lokal in ihrem Wohnort in Grenchen.

lassen. Und ich fällte den Entscheid, etwas gegen den Pflege-Exodus zu unternehmen.»

Monatlich verlassen aktuell 300 Menschen den Beruf. Für die Nationalrätin eine besorgniserregende Ausgangslage. Aber sie will nicht schwarzmalen: «In der Pflege zu arbeiten ist ein Knochenjob, aber es ist ein wichtiger und schöner Beruf, der um jeden Preis geschützt werden muss.» Deshalb hat für Rummy auch die Umsetzung der Pflegeinitiative eine grosse Priorität. Das Ziel ist klar: «Die Initiative muss noch in dieser Legislatur umgesetzt werden!» Zurzeit arbeitet sie mit, das zweite Paket der Initiative durchzusetzen. Während es im ersten Paket um eine Ausbildungsreform ging, geht es jetzt um die Arbeitsbedingungen sowie die Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten. «Während der Pandemie hat die Politik viel von den Pflegenden erwartet. Jetzt müssen wir den Spiess umdrehen.» Die Pflegenden brauchen mehr Lohn, Zeit und Anerkennung.

Aktuell ist ein wichtiges Pflege Thema auch im Parlament umstritten: Mit der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (Efas) möchte man medizinische Leistungen aus einem Topf finanzieren. Wie work bereits berichtete ([rebrand.ly/efas-referendum](https://www.rebrand.ly/efas-referendum)), profitieren davon höchstens die Krankenkassen, nicht so die Kranken und Pflegenden. In der Schlussabstimmung im Nationalrat über Efas enthielt sich Farah Rummy ihrer Stimme, ebenso im Gespräch mit work.

### EINE SENSATION

Mit ihrer Wahl in den Nationalrat erhielt die 32-jährige auf einen Schlag eine grosse mediale Bühne, zahlreiche Portraits, Interviews und Artikel sind über sie erschienen. Immer wird Rummy als «aussergewöhnliche» Nationalrätin betitelt. Ihre Migrationsgeschichte wird aus-



nahmslos thematisiert. Sie ist die erste gewählte Nationalrätin mit Wurzeln aus Sri Lanka. Dass das eine Sensation ist, bestreitet Rummy nicht. Aber es sollte klar sein: «Nur weil ich selbst eine Migrationsgeschichte habe, bin ich nicht eine Migrationsexpertin.»

### ZU WENIG DIVERSITÄT IN DER POLITIK

Rummy ist 1991 in Sri Lanka geboren und zog im Alter von sechs Jahren mit ihrer Familie nach Grenchen. Sie besucht alle paar Jahre ihre Verwandtschaft in Sri Lanka und kocht mit ihrer Mutter gerne traditionelle Speisen. Doch für Rummy ist klar: «Ich bin stolze Grenchnerin.» Während ihrer Schulzeit und ihrem Berufseinstieg bekam Rummy nicht den Eindruck, sie sei «anders als alle anderen». Denn Grenchen ist eine diverse Stadt, fast 40 Prozent der Bevölkerung haben eine Migrationsgeschichte.

### «Ich hatte nie den Eindruck, anders als die anderen zu sein.»

FARAH RUMMY ÜBER IHRE SCHULZEIT

«Diese Vielfalt, die Grenchen und die ganze Schweiz haben, bereichert uns», sagt sie. Ihre politische Arbeit hat Rummy vor Augen geführt, wie unterrepräsentiert Menschen mit Migrationshintergrund in Räten und Kommissionen sind. «Das ist sehr problematisch! Die Politik bildet die Bevölkerung in ihrer Diversität nicht real ab.» Deshalb setze sie sich politisch auch für Migrantinnen und Migranten ein. Denn mit ihren eigenen Erfahrungen kennt sie deren Lebensrealitäten.

Rummy hat sich als Jugendliche mit ihrer Familie in Grenchen einbürgern lassen. Der Prozess blieb ihr nicht in guter Erinnerung. Sie weiss: Das will sie ändern! Und sitzt deshalb heute in der Einbürgerungskommission ihrer Heimatstadt. Für Rummy muss der Einbürg-



rungsentscheid nach Fakten getroffen werden und nicht nach einem Bauchgefühl. Es erfüllt sie mit Stolz, dass sie mit ihrer Wahl in den Nationalrat Menschen mit Migrationsgeschichte zur politischen Teilhabe und zur Einbürgerung motiviert hat.

Nach der zweiten Session im Nationalrat weiss Rummy: «Dieses Amt ist ebenfalls ein Knochenjob!» Doch die Freude über die neue Verantwortung überwiegt, auch wenn die Arbeit im Parlament frustrierend sein kann. «Im Nationalrat sitzt eine bürgerliche Mehrheit. Viele wichtige linke Vorstösse werden in den Sand gesetzt», sagt Rummy. Der Sieg zur 13. AHV war für Rummy ein Highlight. Die grosse Zustimmung der Stimmbewölkerung soll allen Politikerinnen und Politikern bewusst sein. Und mit diesem grossen Elan geht es für Rummy in kommende Abstimmungen, wie jene zur Prämieninitiative im Sommer (siehe auch Seite 7). Dabei geht es um die Entlastung bei den Krankenkassenprämien. Für die diplomierte Pflegefachfrau Rummy ein wichtiges Anliegen, denn die immer weiter steigenden Gesundheitskosten führen zu einem noch grösseren Kaufkraftverlust.

### DREIMAL MEHR LEISTEN

Zu ihrem «alten» Job als Pflegerin gibt es auch als Nationalrätin einige Parallelen: «Als junge Frau muss man sich auch im Nationalrat dreimal mehr beweisen als ein Mann.» Das kenne sie bereits im Umgang mit Menschen im Gesundheitswesen. Sich an ihr neues Leben als Nationalrätin zu gewöhnen brauche noch etwas Zeit. «Ich muss aufpassen, mich nicht auch in meiner Freizeit ständig mit der Politik zu befassen», meint sie. Abschalten kann Rummy beim Kochen und beim Lesen. Und wenn sie eine längere Pause braucht, verweist sie gerne, um neue Kulturen kennenzulernen.

## Abstimmung über AHV x13 Heldinnen und Helden des 3. März

Nach der wuchtigen Volksklatsche gegen die AHV-Miesepeter und -petras am 3. März suchten die Medien sofort nach den Hinterleuten dieses historischen Erfolgs. Und sie fanden agile PR-Agenturen, clevere Kampagnenorganisationen und vor allem grosse Männer: SGB-Chefökonom Daniel Lampart, «der Denker und Lenker hinter der 13. AHV» («Aargauer Zeitung»), alt Ständerat Paul Rechsteiner, der «wahre Vater hinter der Initiative» («Blick»), SGB-Co-Kommunikationsleiter Urban Hodel, «der Dirigent hinter der 13. AHV» («20 Minuten») und immer wieder SGB-Chef Pierre-Yves Maillard, der «Vater Courage» (NZZ), «Maillard, der neue Blocher» («Tages-Anzeiger»).

Dass all diese Kollegen Grossartiges geleistet haben, ist unbestritten. Allerdings haben auch andere massiv zum his-

torischen Erfolg beigetragen: zum Beispiel Unia-Präsidentin Vania Alleva, SGB-Ökonomin Gabriela Medici, VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey und viele Frauen mehr.

**DIE BASIS.** Aber was wäre die Kampagne ohne die umtriebige Gewerkschaftsbasis gewesen? Unzählige Mitglieder haben Briefe geschrieben, Flyer verteilt, Videos gedreht, Arbeitsgspänli überzeugt und die unterschiedlichsten Milieus besucht – migrantische Vereine, Moscheen, SVP-Versammlungen – und all das in ihrer Freizeit. Sie sind die Heldinnen und Helden des 3. März! Auf work-Online ziehen jetzt einige dieser Engagierten Bilanz.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/ahv-heldinnen](http://rebrand.ly/ahv-heldinnen)



Ursula Mattmann



Köbi Hauri



Noah Ziegler



Emine Sariaslan

FOTOS: NICOLAS ZONVI / UNIA / FRANZISKA SCHEIDEGGER / ASZ

## 32 000 Franken nach 3 Tagen Streik

Da hilft nur noch Streik – das war für drei Genfer Fensterbauer glasklar! Denn ihr Arbeitgeber, die Firma KRI SA, zahlte seit zwei Monaten die Löhne nicht. Total fehlten den Büzern über 32 000 Franken. Unterstützt von der Unia, legten sie die Arbeit nieder. Schon nach dreieinhalb Tagen gelang der Durchbruch, die gesamte geforderte Lohnsumme traf ein. Es war allerdings nicht KRI, die zahlte! Und es war auch kein Spaziergang bis zum Erfolg. Die Streikenden mussten mehrere Manöver ihrer Gegner abwehren.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/fenster-streik](http://rebrand.ly/fenster-streik)

## Krankengeld-Abzocke Roth Gerüste verurteilt!



**VOR GERICHT VERLOREN:** Die Firma Roth Gerüste schuldet einem Búezer noch Geld. Auf einen Teil davon wartet er bis heute. FOTO: KEYSTONE

Über 12 000 Franken fehlten einem Gerüstmonteur aus dem Kanton Waadt, als er krankheitsbedingt mehrere Monate ausfiel. Der Grund: Seine Arbeitgeberin, die Roth Gerüste AG, hatte ihm nach dem Ausfall den Bruttolohn um 20 Prozent gekürzt und Sozialabgaben abgezogen. Erst nach einer Mahnung zahlte Roth – jedoch nur 11 000 Franken. Deshalb zog der Arbeiter mit Hilfe der Unia vors

Arbeitsgericht. Dieses verpflichtete die Firma zur Zahlung des Restbetrags und der Verfahrenskosten. Doch der Branchenleader legte Rekurs ein. Vergebens. Auch die nächste Instanz gab dem Búezer recht. Trotzdem bockt Roth bis heute!



Der ganze Skandal jetzt auf [rebrand.ly/roth-debakel](http://rebrand.ly/roth-debakel)

## Easyjet-Crews gegen Israel-Flüge

Die Kabinen-Crews von Easyjet Schweiz sind gegen die Wiederaufnahme von Flügen nach Tel Aviv. Dies hat eine Umfrage des VPOD ergeben. Demnach stellten sich 521 von total 700 Flugbegleitenden gegen die Pläne der Billig-Airline. Diese will die Mittelmeermetropole ab Ende März wieder ansteuern, obwohl die Hamas auch fünf Monate nach Kriegsausbruch immer wieder Raketen auf die Stadt abfeuert. Der VPOD fordert, dass der Flugverkehr ruht, «bis ein Waffenstillstand und ein Friedensabkommen unterzeichnet sind». Die Sicherheit des Personals sei nicht gewährleistet. Zu

«Watson» sagte VPOD-Sekretär Jamshid Pouranpir: «Heute gibt es keine Fluggesellschaft, die nach Kiew fliegt, warum sollte man dann nach Tel Aviv fliegen?»

## Efas-Referendum im Schlusspurt

Die vom Parlament beschlossene Scheinreform namens «Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen» (Efas) hat enormes Schadenspotential. Denn sie beschert den Krankenkassen noch mehr Macht – auf Kosten der Kantone, also der Allgemeinheit. Sie führt zu noch höheren Prämien für Versicherte und stärkere Kostenbeteiligungen für Patientinnen und Patienten. Und dem Gesundheitspersonal blühen weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Denn das beschlossene Finanzierungssystem erhöht den Spardruck. Der VPOD hat deshalb gegen Efas das Referendum ergriffen. Nun teilte die Gewerkschaft mit: Von den nötigen 50 000 Unterschriften fehlen noch 18 000. Es bleibt noch knapp ein Monat bis zur Sammelfrist. VPOD-Chefin Natascha Wey sagt: «Es wird knapp, ist aber machbar!» Jetzt unterschreiben: [www.stop-efas.ch](http://www.stop-efas.ch).

## Fall Urwyler: Inselspital stellt auf stur

Im Februar dieses Jahres urteilte das Regionalgericht Bern-Mittelland im Fall der entlassenen Insel-Ärztin Natalie Urwyler: Weil sie eine Frau ist, habe das Inselspital ihr die Beförderung verwehrt. Zudem sei ihr deswegen finanzieller Schaden entstanden. Das

## work im Web: So finden Sie uns!



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Und so holen Sie sich work direkt aufs Handy, wie in einer App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook und Instagram!

Inselspital hat jetzt das Urteil als «nicht nachvollziehbar» und «realitätsfremd» bezeichnet und zieht den Fall weiter vor das Berner Obergericht. Die Insel hatte der aufstrebenden Ärztin und wahrscheinlich angehenden Professorin bereits 2014 gekündigt. Sie war Mutter geworden und wollte ihr Pensum auf 80 Prozent reduzieren. Das Inselspital lehnte ab. Zudem wurde ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit gestrichen. Das bedeutete das Ende von Urwylers Karriere. Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz, machte Urwyler eine Racheekündigung geltend. Und bekam 2018 auf ganzer Linie recht. Das Inselspital hat mit Urwylers Entlassung gegen das Gesetz verstossen.

Resolution zusammen mit den neun weiteren nichtständigen Ratsmitgliedern zur Abstimmung gebracht. Die Vetomacht USA hat sich in der Abstimmung enthalten. Der Entscheid des Sicherheitsrats ist ein Zeichen der Hoffnung, dass Völkerrecht und Diplomatie doch noch zu einem Ende der Kriegshandlungen beitragen können.

## Miese Sitten im «Vacanze Romane»

Ristorante Vacanze Romane, Interlaken. Der Name ist glamourös, die Arbeitsbedingungen sind es definitiv nicht. Die Arbeitszeit wird nicht erfasst, obligatorische Ruhetage werden nicht eingehalten, Lohn- und Zeitabrechnungen fehlen. Viele Angestellte warten wochen- oder monatelang auf ihre Löhne, die verspätet, in Raten und in bar bezahlt werden. Zudem wurde mehreren Mitarbeitenden missbräuchlich fristlos gekündigt. Jetzt haben sie die Unia um Unterstützung gebeten und sich an die Öffentlichkeit gewandt.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/vacanze-romane](http://rebrand.ly/vacanze-romane)

## Resolution für Waffenstillstand

Der Uno-Sicherheitsrat hat das erste Mal seit dem 7. Oktober 2023 eine Resolution mit der klaren Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand in Gaza und Israel verabschiedet. Die Schweiz hat die verbindliche

## Toblerone-Búezer wollen mehr!



**KLARE FORDERUNGEN:** Die Löhne der Toblerone-Búezerinnen und -Búezer sollen um 400 Franken steigen. FOTO: UNIA

«Steinreich im Geschmack» oder «Klunkern statt kleckern» – so wirbt Toblerone für seine neuen Pralinen in Diamantform. Das Reichen-Image passt zu den jüngsten Gewinnzahlen des Toblerone-Besitzers Mondelez: Schwindel-erregende 5 Milliarden Dollar hat der US-Multi letztes Jahr verdient. Das macht bei weltweit rund 100 000 Angestellten immerhin ein Profit von 50 000 Dollar pro Mitarbeiter! Doch die 220 Schoggi-Búezerinnen und -Búezer in Bern Brünnen haben bisher praktisch nichts davon. Im letzten Jahr gab es bloss 1,8 Prozent mehr Lohn. Jetzt geht die Belegschaft erneut in die Offensive! Jüngst forderte sie mit einer Aktion im Betrieb 400 Franken mehr für alle.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)  
[rebrand.ly/toblerone-lohn](http://rebrand.ly/toblerone-lohn)



**ERSTER ERFOLG:** Gewerkschaften, SP und Juso haben die Initiative für einen Mindestlohn beim Solothurer Rathaus deponiert. FOTO: GEWERKSCHAFTSBUND SOLOTHURN

## Initiative eingereicht Für 23 Franken Mindestlohn im Kanton Solothurn

Jetzt auch im Kanton Solothurn: Nach weniger als einem Jahr und mit über 3700 Unterschriften reichten die Gewerkschaften zusammen mit der SP, der Juso und der Jungen SP Region Olten ihre Initiative für die Einführung eines kantonalen Mindestlohnes von 23 Franken pro Stunde ein. Markus Baumann, Unia-Mann und Präsident des

kantonalen Gewerkschaftsbundes, sagte bei der Übergabe vor dem Solothurner Rathaus: «Es geht doch nicht an, dass Menschen, die 100 Prozent arbeiten, nicht genug verdienen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.»



Mehr zu Mindestlöhnen in der Schweiz: [rebrand.ly/milo-dossier](http://rebrand.ly/milo-dossier)



STAHLWERK GERLAFINGEN: Das Vertrauen in die Zukunft schmilzt dahin. FOTO: FABIAN BIASIO

Schweizer Stahlindustrie: Arbeitsplätze und Klimaschutz in Gefahr

# «Wir müssen die Verstaatlichung der Stahlwerke prüfen»

**In den Stahlwerken in Gerlafingen und Emmenbrücke stehen 1200 Arbeitsplätze und die Zukunft des Schweizer Schrott-Recyclings auf dem Spiel. Wirtschaftsminister Parmelin beobachtet die Lage und – tut nichts.**

IWAN SCHAUWECKER

Früher war Martin Haefner (70) Mathematiklehrer und wollte sich aus den Geschäften des Vaters raushalten. Sein Vater war der Gründer von Amag, dem grössten Autohändler der Schweiz. Doch inzwischen beschäftigen Haefner die grossen Zahlen nicht mehr nur in der mathematischen Theorie. Denn Haefner ist Milliardär und Grossaktionär beim Stahlkonzern Swiss Steel. Der Amag-Erbe hat bereits 600 Millionen Euro bei Swiss Steel investiert und kündigte Mitte März einen weiteren Kredit von 300 Millionen Euro an, um die Konzernverluste des letzten Jahres zu decken. Doch die anderen Grossaktionäre des Stahlkonzerns wollen oder können nicht mehr mitpokern. Stadler-Rail-Patron Peter Spuhler hat sich mit Haefner verkracht, und der Oligarch Viktor Vekselberg steht auf einer Sanktionsliste der USA. Die Zukunft der Swiss Steel und des Stahlwerks in Emmenbrücke LU, wo 700 Personen arbeiten, ist deshalb höchst ungewiss.

**Auch Swissmem will die Büezer weiterhin der Willkür der Märkte überlassen.**

**SOGAR FDP-POLITIKER FORDERN STAATSHILFE** Auch bei Stahl Gerlafingen im Kanton Solothurn schmilzt in diesen Tagen das Vertrauen in eine Zukunft ohne Staatshilfe. Die Besitzerfamilie Beltrame hat Mitte März eine Massenentlassung angekündigt und dann kurzfristig aufgeschoben. Auf politischer Ebene laufen seither die Drähte heiss. Quer über alle Parteilinien hinweg rufen sie nach Staatshilfe. Das ist eine Trendwende. Stän-

derätin Franziska Roth (SP) und Nationalrat Christian Imark (SVP) fordern vom Bundesrat Sofortmassnahmen, «gegebenenfalls mit Notrecht», um das Stahlwerk zu retten. In der Motion, die von allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus dem Kanton Solothurn unterzeichnet wurde, wird vor einer Schliessung des Werks gewarnt. Damit würden etwa 540 Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Stelle verlieren. Sogar der FDP-Ständerat Damian Müller ruft zusammen mit Nationalrat David Roth (SP) um Staatshilfe. Eher verzweifelt klingen da die Warnungen der neoliberalen Lobby-Organisation Avenir Suisse, die in einer neuen Studie ihre grundsätzliche Abneigung gegen eine staatliche Industriepolitik bekräftigt. Und auch der Swissmem-Präsident Stefan Brupbacher will die Büezer weiterhin der Willkür der Märkte und Milliardäre überlassen.

## EU FÖRDERT STAHLINDUSTRIE

Aufgrund dieser ideologischen Haltung sind die beiden Schweizer Stahlschmelzen, die jährlich 1,5 Millionen Tonnen Stahlschrott für die Bau-, Maschinen- und Autoindustrie rezyklieren, jetzt akut gefährdet. Die Wiederverwendung von Stahlschrott ist klimaschonend und wichtig für die Schweizer Kreislaufwirtschaft (siehe Text rechts).

Deshalb hat das Parlament vom Bundesrat bereits letztes Jahr Massnahmen zur Sicherung des Produktions- und Recyclingstandorts Schweiz gefordert. Eine späte Reaktion auf die Industriepolitik der EU und in den USA. Die EU hat mit der Einführung von Klimazöllen noch weitere Massnahmen zum Schutz des Klimas und der europäischen Industrie ergriffen. Und seit 2018 schützt sie ihre Stahlproduzenten mit Kontingenten für die Einfuhr von Nicht-EU-Stahl. Diese Importkontingente, höhere Strompreise und eine weltweite Überproduktion führen zu den grossen finanziellen Verlusten der Schweizer Stahlwerke.

## SOZIAL UND ÖKOLOGISCH PRODUZIEREN

Peppina Beeli ist bei der Unia verantwortlich für Klimapolitik. Sie sagt: «Ohne die beiden Werke müsste unser Stahlschrott fürs Recycling ins Aus-

land transportiert und Produkte über längere Wege eingekauft werden. Im Hochofen produzierter Stahl ist zudem viel klimaschädlicher als der aus Schrott gewonnene Stahl.» Eine Unterstützung der Werke in Gerlafingen und Emmenbrücke hält Beeli deswegen für angezeigt – aber unter Bedingungen: «Die Firmen müssen sich zur klimafreundlichen Produktion genauso verpflichten wie zum Erhalt der Arbeitsplätze, und sie müssen die Gewerkschaften in die Planung und Umsetzung der Umstellungen miteinbeziehen. Die Unia fordert eine solche ökosoziale Industriepolitik schon lange.» Matteo Pronzini, Branchenleiter MEM-Industrie bei der Unia, ergänzt: «Auch eine Verstaatlichung muss geprüft werden, sollten die Stahlunternehmen den ökosozialen Umbau nicht selber in die Hand nehmen.»

## «Die Unia fordert schon lange eine ökosoziale Industriepolitik.»

UNIA-FRAU PEPPINA BEELI

## PARMELIN TUT NICHTS

Inzwischen habe das Werk in Emmenbrücke die tiefsten CO<sub>2</sub>-Emissionen in der ganzen Swiss-Steel-Gruppe, schreibt der Konzern auf Anfrage von work. Swiss Steel möchte aber noch mehr tun: zum Beispiel die Hitze aus dem Schmelzprozess wiederverwenden oder von Erdgas auf Wasserstoff umstellen. Dies wäre jedoch mit grossen Investitionen verbunden, die derzeit zu riskant und kostspielig seien: «Wir produzieren an verschiedenen Standorten in Europa und Nordamerika. Wenn andere Länder ihre Klimapolitik mit einer Industriestrategie und einer daraus abgeleiteten aktiven Industriepolitik begleiten, verschlechtert das die Rahmenbedingungen für eine Investition in die Schweiz.»

Wirtschaftsminister Guy Parmelin zeigt sich von solchen Aussagen bisher unbeeindruckt: Man beobachte die Situation der Schweizer Stahlwerke, sagte er gegenüber Radio SRF. Konkrete Vorschläge und Bedingungen für eine staatliche Hilfe für die Schweizer Stahlindustrie bleiben aber bisher aus.

## Scherbenhaufen in Glasflaschenfabrik? Fragile Zukunft für Vetropack

**Der Vetropack-Konzern plant, die letzte Glasflaschenfabrik in der Schweiz zu schliessen. Die wütende Belegschaft will dies verhindern.**

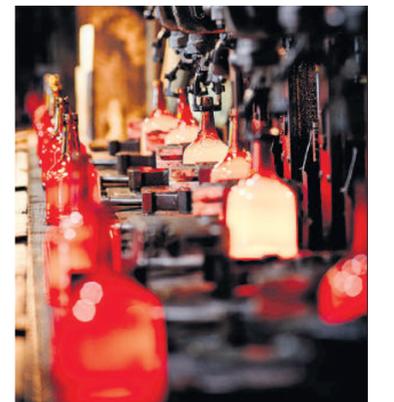
IWAN SCHAUWECKER

Grosser Schock für die 194 Angestellten von Vetropack in Saint-Prex VD am Genfersee: Die Konzernleitung mit Sitz in Bülach ZH will die letzte Schweizer Glasflaschenfabrik noch diesen Sommer stilllegen. 175 Mitarbeitende würden ihren Job verlieren. Die Büezerinnen und Büezer der Fabrik weh-

**175 Mitarbeitende wären von der Schliessung betroffen.**

ren sich mit den Gewerkschaften Unia und Syna gegen die Schliessung. Abdeslam Landry, Gewerkschaftssekretär der Unia Waadt: «Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind wütend über diese Entscheidung von Vetropack und wollen die Schliessung verhindern.»

**IDEEN ZUR RETTUNG DER FABRIK.** Bei einem Treffen mit der Vetropack-Geschäftsleitung wurde Mitte März nach Lösungen gesucht. Landry sagt: «Es gibt zahlreiche Ideen zur Rettung der Fabrik, aber wir brauchen noch weitere Informationen von der Geschäftsleitung.» Vetropack hat europaweit 4000 Angestellte und in den letzten Jahren in die Fabriken in Osteuropa und Italien investiert. 2023 machte



RECYCLING: In Saint-Prex entstehen aus altem Glas neue Flaschen. FOTO: KEYSTONE

Vetropack einen Gewinn von 63,3 Millionen Franken. Doch für die Investition in der Höhe von 30 Millionen Franken für eine neue Schmelzwanne für Saint-Prex fehlte in den letzten Jahren das Geld. Die Geschäftsleitung sagt, dass die hohen Energiepreise, der starke Franken und der Standort im dicht besiedelten Gebiet den Weiterbetrieb verunmöglichten. Sie möchte den Betrieb im Gründungsort der Firma nach 113 Jahren schliessen.

**RECYCLING-SCHERBENHAUFEN.** Auch der Kanton Waadt setzt sich für den Erhalt des Werks ein, und die Grüne Fraktion hat im Kantonsparlament einen Vorstoss eingereicht. Denn neben den Arbeitsplätzen ist auch das Schweizer Glasrecycling gefährdet. Nach Schätzungen von Vetroswiss, dem Unternehmen, das im Auftrag des Bundes das Glasrecycling in der Schweiz organisiert, wird heute mehr als die Hälfte des Schweizer Altglases ins Ausland exportiert. Doch etwa 100 000 Tonnen Altglas aus den Schweizer Sammelstellen werden im Moment noch nach Saint-Prex transportiert und dort zu neuen Glasflaschen verarbeitet. Mit der Schliessung der letzten Schweizer Flaschenfabrik würde der Anteil des inländischen Recyclings deutlich sinken. In der Schweiz gäbe es dann nur noch zwei Fabriken, die Altglas aufbereiten.

## Kampf gegen die «Eisenleger-Clans» Wie ernst ist es der SVP?

Die St. Galler SVP macht Stimmung gegen kriminelle «Eisenleger-Clans». Bald wird sich zeigen, ob die Partei auch wirklich Hand zu Lösungen bietet.

JONAS KOMPOSCH

«Wie die Eisenleger-Mafia zuschlägt». So titelten jüngst die Zeitungen von CH Media. Die Rede war von «kriminellen Netzwerken» und von «Clans aus dem Westbalkan», die immer nach demselben Muster



IN VERRUF: Ein Eisenleger bei seiner Arbeit auf der Baustelle. FOTO: KEYSTONE

operierten: Offerieren zu Dumpingpreisen, Betrug an den Sozialversicherungen, Schwarzarbeit und sich schliesslich durch Konkurs oder Firmenverlagerung aus dem Staub machen. Tatsächlich ist diese Art der Geschäftspraxis alles andere als neu und auch in der Eisenlegerei weit verbreitet. Auch work hat schon mehrfach darüber berichtet.

**St. Gallen leistet sich bloss zwei Baustellen-Kontrollreure.**

Das Vorhandensein einer eigentlichen «Mafia» wurde allerdings noch nirgends belegt – auch nicht von CH Media. Doch das Schlagwort eignet sich vorzüglich zur Stimmungsmache. Die SVP St. Gallen liess sich das nicht entgehen.

### KOMMISSION IM VISIER

Ihre Kantonsratsfraktion liess prompt verlauten, sie wolle «die illegalen Machenschaften dieser ausländischen Clans unterbinden» und «das lokale Baugewerbe» schützen. Konkret will sie wissen, wie viele Eisenleger-Firmen die Tripartite Kommission (TPK) in den letzten Jahren auf Schwarzarbeit, Lohndumping und Scheinselbstständigkeit kontrolliert habe. Florian Kobler, Unia-Mann und SP-Kantonsrat, sagt dazu: «Es ist gut, dass endlich auch die Rechten aufwachen!» Kobler hatte das Problem schon im letzten Jahr ins Parlament gebracht. Jetzt hofft Kobler auf Support der SVP. Allerdings zeige die Partei, dass sie noch wenig Ahnung habe von der Materie. Denn die in den Fokus genommene TPK sei gar nicht zuständig. Tatsächlich ist die Aufgabe einer «Tripartiten», bestehend aus Behörden, Arbeitgebern und Gewerkschaften, der Vollzug der flankierenden Massnahmen und generell die Kontrolle des Arbeitsmarkts, wo dieser nicht durch einen allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag geschützt ist. Die Eisenleger unterstehen aber dem Landesmantelvertrag des Bauhauptgewerbes, für dessen Einhaltung die Paritätische Vollzugskommission sorgt. Und für Schwarzarbeitkontrollen sind allein die Kantone zuständig, also Polizei und spezialisierte Inspektorate. Doch genau da hapert es.

St. Gallen leistet sich bloss zwei Kontrollreure! Gerechnet auf die Beschäftigtenzahl im Kantonsgebiet, ist das der dritt-tiefste Wert der Schweiz. Florian Kobler sagt: «Jetzt muss die SVP Farbe bekennen!» Gelegenheit dazu hat sie schon bald: In der nächsten Session wird Kobler eine Aufstockung der Schwarzarbeitkontrollen fordern. Zudem soll das sozialpartnerschaftliche Informationssystem Isab im öffentlichen Vergabewesen obligatorisch werden. Isab zeigt an, ob eine Firma sauber ist. Doch die St. Galler Regierung scheut bisher die Kosten und begnügt sich mit luftigen Selbstdeklarationen. Die Lumpenbuden freut's.

## Bürgerliche AHV-Feindinnen und -Feinde mit schweren Trotzanfällen Beruhigt euch mal, Verlierer!

Das Volk hat überdeutlich Ja gesagt zu einem Ausbau der AHV. Die Finanzindustrie und ihre Politikerinnen und Politiker haben sich vom Ohrfeigen-Sonntag noch immer nicht erholt. Und tröteln. Warum eigentlich?

CLEMENS STUDER

Die Älteren kennen es noch aus den Klamaukfilmen mit Bud Spencer und Terence Hill: Nach einer kräftigen Ohrfeige braucht's einen Moment, bis man sich wieder orientieren kann. So scheint's im Moment den bürgerlichen Politikerinnen und Politikern zu gehen, weil die Älteren

**Vier Promille für einen Dreizehnten tönt nicht so eingängig. Dafür ist die Lösung effizient.**

künftig eine 13. AHV-Rente bekommen. Noch ganz sturm von der Volksrohrfeige am 3. März torkeln sie zwischen Rachegehlüsten und Verzweiflungstaten.

**Racheplan 1:** Die Auszahlung der 13. Rente verzögern. Geht gar nicht. Ganz egal, was sie mit ihrer Mehrheit im Parlament anstellen oder nicht: Spätestens 2026 gibt's den AHV-Dreizehnten. Die Initiative ist so glasklar wie das Volks-Ja dazu.

**Racheplan 2:** Wenn sich die Gering- und Normalverdienenden eine 13. AHV-Rente holen, sollen sie überproportional dafür büssen. Mit einer saftigen Mehrwertsteuer-Erhöhung, ohne Erhöhung der Lohnprozente. Und die Ja sagenden Rentnerinnen und Rentner wären gleich mitbestraft. Aber: Hat in einer nötigen Volksabstimmung kaum eine Chance.

**Racheplan 3:** Zur Finanzierung der 13. AHV-Rente soll das Rentenalter erhöht werden. Ähm, war da nicht was? Ah ja, doch: Am 3. März wollten davon gerade mal 25,3 Prozent der Stimmentenden was wissen – trotz Ja-Parolen von SVP und FDP und Arbeitgeberverbänden.

**Verzweiflungstat:** Exponentinnen und Exponenten von SVP, FDP, GLP und Mitte reden und schreiben Lohnabzüge zur Finanzierung des AHV-Dreizehnten schlecht. Zur Erinnerung: Wir reden von je 0,4 Prozent. Plötzlich interessiert sie die Kaufkraft der Mehrheit. So zum Beispiel FDP-Präsident Thierry Burkart: «Kommt für uns nicht in Frage!» Oder die Thurgauer Mitte-Ständerätin Brigitte Häberli-Koller: «Höhere Lohnabzüge sind ein direkter Griff ins Portemonnaie des Mittelstandes und führen unmittelbar zu weniger verfügbarem Einkommen.»



LANGE GESICHTER: Die Gegnerinnen und Gegner der 13. AHV-Rente können ihre Niederlage nicht fassen. FOTO: KEYSTONE

Das wäre ja alles halb so interessant, wenn das nicht aus dem Mund von Politisierenden käme, die in einem halben Jahr dem Volk eine Revision des bröckelnden Pensionskassensystems andrehen wollen. Dort geht es dann um massiv höhere zusätzliche Lohnabzüge (das Fünffache und mehr!) – und das für tiefere Renten. Wie die Bürgerlichen aus dieser Nummer wieder rauskommen wollen, wissen sie wohl selbst noch nicht.

### WEITERE IDEEN

Mitte-Vertreter bringen die Finanztransaktionssteuer wieder aufs Tapet. EVP und Grüne eine Erbschaftssteuer. Und auch die Idee, einen Teil des Volksvermögens der Nationalbank für die Volksversicherung AHV einzusetzen, ist wieder aktuell (siehe auch Seite 8). Allen Szenarien gemeinsam ist, dass sie umstritten sind und eine mögliche Einführung Zeit brauchen würde oder wird.

### LÖSUNG IST PARAT

Da ist also momentan viel Aufregung im politischen System. Dabei ist es ganz einfach: Die AHV ist solide finanziert und schreibt auch in den nächsten Jahren Milliardengewinne. Dabei sind ihre Reserven heute bereits so hoch wie nie zuvor. Mit je 0,4 Prozent zusätzlichen Lohnbeiträgen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern steht die AHV inklusive 13. Rente für Jahre hinaus auf stabilen Beinen. Das ist kein Voodoo-Zauber, sondern die Folge des genialen Umlageverfahrens, auf dem unsere Volksversi-

cherung fusst. Und das Beste an dieser Lösung: Von den zusätzlichen Promille für die AHV wird kaum jemand etwas merken. Die Sozialabgaben werden im Vergleich zu früher nicht steigen. Denn sie sind in letzter Zeit spürbar gesunken. Und sie werden voraussichtlich weiter sinken.

### DIE SCHWEIZ KANN SICH DAS LEISTEN

SGB-Chefökonom Daniel Lampart rechnet vor: Die Prämien der Unfallversicherung gingen zurück, weil es weniger Unfälle gibt. Das dürfte sich fortsetzen. Die Arbeitslosenbeiträge sinken, weil es weniger Arbeitslose gibt. Das Solidaritätsprozent für die hohen Löhne ist per 2023 weggefallen. In ein paar Jahren dürfte es eine weitere Senkung um rund 0,3 Lohnprozente geben. Denn die Arbeitslosenversicherung macht hohe Überschüsse und hat bald zu viele Reserven. Weil wir weniger Kinder haben, sinken auch die Kosten der Familienzulagen.»

Übrigens: Einer der erfolgreichsten Spencer/Hill-Filme hiess «Vier Fäuste für ein Halleluja». «Vier Promille für einen Dreizehnten» tönt nicht ganz so eingängig. Dafür ist die Lösung einfach und effizient.

Und die Verliererinnen und Verlierer vom 3. März könnten sich beruhigen. Die Schweiz ist nicht am Boden, ihre Geschichte nicht am Ende. Es gibt künftig einfach ein bisschen mehr Geld für Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben. Und das kann sich die reiche Schweiz leicht leisten.

## work auf Besuch bei der Unia-Jugend Biel-Solothurn

# Diese Jugendgruppe will etwas verändern!

Bei der Unia-Jugendgruppe der Region Biel-Solothurn entstehen die engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von morgen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Skiweekend in Mürren, Workshop zum Thema Gewerkschaft oder Ausflug in den Europapark? So sieht das Jahresprogramm der Unia-Jugendgruppe aus der Region Biel-Solothurn aus. Avni Ibrahimović kümmert sich schon viele Jahre als Jugendsekretär um die Gruppe.

**«Der Spass darf natürlich nicht zu kurz kommen.»**

AVNI IBRAHIMOVIC, UNIA-JUGENDSEKRETÄR

«Besonders seit der Pandemie interessieren sich mehr junge Menschen für ihre Rechte am Arbeitsplatz und wollen sich dafür einsetzen. Das spüren

wir auch in unserer Jugendgruppe!»

Die Gruppe ist wild durchmisch, willkommen sind junge Menschen – unabhängig, wo sie gerade stecken. Sei es in einem Praktikum, einer Berufslehre, einem Studium oder einem Zwischenjahr. Die Unia-Mitgliedschaft kostet junge Menschen monatlich 7 Franken 40. «Die Jugendgruppe bietet nicht nur ein attraktives Programm, sondern dient als Plattform, um aktiv am politischen Geschehen mitzuwirken», so Avni. Deshalb bietet die Jugendgruppe auch Workshops an, um Wissen zur Gewerkschaftsarbeit zu vermitteln.

### «WIR SIND DIE ZUKUNFT»

«Der Spass darf natürlich nicht zu kurz kommen», so Avni. Denn besonders über Ausflüge kommen neue Gesichter dazu. So war es auch bei Andri, Chemielaborant: «Über Freunde bin ich zur Jugendgruppe gestossen und jetzt auch schon seit vier



ENGAGIERT: Die Unia-Jugend der Region Biel-Solothurn. FOTO: ZVG

Jahren dabei», so der 23-jährige. Für Andri bedeutet die Jugendgruppe ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Nicht nur die Sitzungen und Ausflüge stärken ihn, sondern auch gemeinsame Präsenz an Aktionen wie zum Beispiel an der kommenden 1.-Mai-Demo in Solothurn. «Ich bin bei der Unia-Jugend, weil Klassenkampf in allen Generationen wichtig ist», sagt er. Auch Melanie, Barkeeperin, ist bei der

Jugendgruppe dabei. «Ich bin bei der Unia-Jugend, weil wir die Zukunft sind!» sagt sie. Für Informatiker Enno ist das Engagement bei der Gewerkschaft sehr wichtig: «Ich bin bei der Unia-Jugend, weil ich mich für bessere Arbeitsbedingungen für Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzen will», sagt er zu work.

### HIGHLIGHT: EUROPAPARK

Im Jahresprogramm der Jugendgruppe sind abwechslungsreiche Events zu finden. Der nächste Programmpunkt: Am 11. Mai steht ein Ausflug in den Europapark an. Für Mitglieder kostet der Ausflug 40 Franken, Nichtmitglieder können mit 90 Franken auch dabei sein. Das gesamte Programm finden Interessierte auf der Instagram-Seite der Jugendgruppe unter @uniajugendbss. Jugendgruppen gibt es in mehreren Regionen und weitere Infos zur Unia-Jugend unter folgendem Link: [rebrand.ly/IGJugend](https://rebrand.ly/IGJugend).

**BITTERE PILLE:** Die steigenden Krankenkassenkosten sind für viele Haushalte nur noch schwer zu stemmen. FOTO: KEYSTONE



**Abstimmung vom 9. Juni:** Jetzt hat es das Volk in der Hand

# Prämien-Explosion endlich stoppen!

**Am 9. Juni stimmt die Schweiz über die Prämienentlastungsinitiative ab. Es ist eine Chance, die drückende Prämienlast zu lindern und der Politik zu sagen: Ihr habt seit 20 Jahren nichts gemacht – jetzt ist Schluss damit!**

CLEMENS STUDER

Für mehr als die Hälfte der Familien reicht das Einkommen derzeit nur knapp oder gar nicht aus. Besonders betroffen sind Haushalte mit einem Jahreseinkommen bis 100 000 Franken. Heftig aufs Budget schlagen die Kosten fürs Wohnen. Und die Krankenkassenprämien. Das hat wenig mit «Überkonsum» von medizinischen Leistungen zu tun. Aber sehr viel mit der Art, wie und vom wem in der Schweiz das Gesundheitswesen finanziert wird.

## NICHT ZU TEUER...

Wir werden gesünder älter. Immer mehr Krankheiten sind heilbar. Oder so zu lindern, dass ein gutes Leben trotzdem möglich ist. Kurz: der medizinische Fortschritt ist eine Errungenschaft. Das ist nicht gratis. Die Schweiz gibt rund zwischen 11 und 12 Prozent ihres

## Die Schweizer Gesundheitsausgaben sind nicht generell überrissen.

Bruttoinlandsprodukts für die Gesundheit aus. Das ist ähnlich viel wie unsere Nachbarstaaten. Manche liegen ein bisschen höher, andere ein bisschen tiefer. Die medizinische Versorgung in der Schweiz ist im internationalen Vergleich bei allen Schwierigkeiten sehr gut. Wenn Krankenkassenprämien und übrige Gesundheitskosten besonders stark auf die Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen drücken, hat das wenig mit den steigenden Kosten zu tun. Und schon gar nicht mit zu wenig «Markt» und «Eigenverantwortung», wie bürgerliche Politikerinnen und Politiker behaupten. Im Gegenteil: In den USA ist das Gesundheitswesen faktisch privatisiert. Gut betreut wird in erster Linie, wer gut bezahlen kann. Millionen Menschen sind davon ausgeschlossen. Trotzdem liegt der BIP-Anteil der Gesundheitskosten 50 Prozent höher als in der Schweiz.

## ...FALSCH FINANZIERT

Die Schweizer Gesundheitsausgaben sind also nicht generell überrissen. Aber sie sind enorm unsozial finanziert. Statt, wie in anderen Ländern üblich, die Gesundheitskosten entweder aus Steuereinnahmen oder wenigstens aus Lohnprozenten zu finanzieren, drücken die Schweizer Bürgerlichen zur Einführung des Krankenkassenobligatoriums 1996 die Kopfprämien durch. Und Kopfprämien sind die unsozialsten «Steuern», die es gibt: Der Baubüezer mit 6000 Franken Monatslohn bezahlt gleich hohe Prämien wie etwa CSS-Krankenkassen-Chefin Philomena Colatrella mit 60 000 Franken Monatslohn.

Zusätzlich sind die Kosten, die von den Kranken direkt übernommen werden, in der Schweiz besonders hoch. Zu den explodierenden Prämien kommen noch Franchise, Selbstbehalt, rezeptfreie Medikamente und Zahnbehandlungen. Nirgendwo in der OECD bezahlen Versicherte und Kranke mehr ihrer Gesundheitskosten direkt aus dem eigenen Sack.

## PRÄMIENVERBILLIGUNGEN...

Mit individuellen Verbilligungen sollen – so das Versprechen bei der KVG-Einführung 1996 – die Gesundheitskosten für alle erträglich gehalten werden. Prämienverbilligungen werden gemeinsam von Bund und Kantonen finanziert. Seit Jahren wissen wir, dass wirksame Prämienverbilligungen ein ebenso leeres Versprechen bleiben wie jenes der höchstens 8 Prozent Prämienkosten. Denn die Bundesbeiträge an die Verbilligungen sind zwar gesetzlich an die Ausgabenentwicklung gekoppelt und blieben darum stabil. Aber die Kantone drücken sich um ihre Verantwortung.

## ...ZUSAMMENGESTRICHEN

Wortreich verkünden bürgerliche Kantonsregierungen und Parlamente immer wieder, wie sie die Prämienverbilligungen «massiv erhöhen» würden. Doch die Realität ist eine andere: Wenn das Prämienwachstum und die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden – was eigentlich auf der Hand liegt –, haben 17 der 26 Kantone die Prämienverbilligungen im letzten Jahrzehnt zusammengestrichen. 10 Kantone haben die Beiträge sogar nominal gekürzt. Das heisst: Sie bezahlen heute selbst in Franken weniger an Prämienverbilligungen als vor 10 Jahren.

## DAS WILL DIE INITIATIVE

Die Prämienentlastungsinitiative will die Krankenkassenprämien deckeln. Sie sollen

nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen. Damit lägen sie immer noch über den 8 Prozent, die der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien bei der Einführung versprochen haben. Aber sie wären wesentlich erträglicher für die Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen. Konkrete Beispiele: Eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 9000 Franken netto spart dank der Initiative monatlich im Schnitt mehrere Hundert Franken. Einzelpersonen mit einem Nettoeinkommen bis zu rund 5000 Franken profitieren von der Deckelung.

## WIE SOLL DAS FINANZIERT WERDEN?

Da ist der Initiativtext ganz klar: Zwei Drittel der Gesamtausgaben soll der Bund übernehmen, ein Drittel die Kantone. Diese werden damit entlastet und beim Bezahlen der Prämienverbilligungen unterstützt. Erwünschter und dringend nötiger Nebeneffekt: den Versicherten, die die Verbilligung nötig haben, wird diese garantiert. Weil die Initiative verhindert, dass diese gestrichen werden, wenn die bürgerlichen Kantone wieder einmal eine Abbaurunde planen, weil sie lieber die Steuern für Reiche und Konzerne senken möchten.

## SINKEN DIE GESUNDHEITSKOSTEN?

Im System kurzfristig nicht. Das ist aber auch nicht das dringendste Ziel. Dringend notwendig ist dagegen, dass die Prämienlast für die Mehrheit sinkt. Um die Kosten zu dämpfen, braucht es Massnahmen, die weder die Qualität der Gesundheitsversorgung gefährden noch das bereits sehr belastete Gesundheitspersonal stärker unter Druck setzen. Solche liegen vor. Aber die Lobbys der Pharmakonzerne und der Gesundheitsbranche verhindern sie seit Jahren, um ihre Profite zu schützen. Und um die falsche Idee am Leben zu halten, das Gesundheitswesen sei «ein Markt». Bei einem Ja der Prämienentlastungsinitiative verschiebt sich der Druck der steigenden Gesundheitskosten weg von den Prämienzahlenden hin zur Politik.

## ZEICHEN SETZEN

Seit Jahrzehnten versprechen der Bundesrat und das Parlament Lösungen gegen die steigende Prämienlast. Und liefern nicht. Mit einem Ja am 9. Juni können die Stimmentenden der Politik nachdrücklich klarmachen: Wir haben genug von über 20 Jahren Klientelpolitik zugunsten von Pharmakonzerne und Gesundheitsindustrie. Jetzt stoppen wir die Prämienexplosion!



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## ISRAEL REGIERT IN BERN

Ayman Nasrallah, gebürtig in Gaza-Stadt, ist Schweizer Bürger seit über 20 Jahren. Er ist Besitzer der Autohandelsfirma «Centre Auto Prestige» und seit Jahrzehnten aktives Mitglied

## Das SEM begehrt einen potentiell tödlichen Gesetzesbruch.

der sozialdemokratischen Partei des Kantons Genf. Seine Frau ist gebürtige Genferin, seine Tochter Laura

eine bekannte Rechtsanwältin. Drei seiner Schwestern und zwei seiner Brüder leben in der Hölle von Gaza.

Zur Erinnerung: Auf den Terrorangriff der Hamas-Kämpfer auf Dörfer in Südisrael reagiert Israel seit vier Monaten mit seinem ebenso schrecklichen Rachefeldzug. Bisher haben die israelischen Bombardements über 31 000 Tote und über 300 000 Schwerstverwundete gekostet.

**SCHWEIGEN.** Oktober 2023: Ayman Nasrallah ersucht bei den Behörden für seine Familie um Familienzusammenführung. Diese ist ein gesetzlich verbuchtes Recht. Es geht um die Rettung vor Tod und Verstümmelung der drei Schwestern und zwei Brüder des Schweizer Bürgers Nasrallah und um ihre Kinder. Alle Gesuche wurden gesetzeskonform eingereicht. Das SEM erteilte keine Antwort – trotz der wegen des israelischen Völkermordes äusserst gefährlichen Situation.

Mehr als zehn andere Schweizer Familien haben für ihre Angehörigen in Gaza ein Gesuch um Familienzusammenführung gestellt. Das SEM verweigert offenbar jede Familienzusammenführung mit Menschen aus Gaza. Ein klarer, willentlicher und potentiell tödlicher Gesetzesbruch.

**SCHIKANE.** Der Genfer Arzt Raoul Salti stellte 2023 den Antrag für die Einreise und Pflege von 15 schwerverletzten palästinensischen Kindern. Das SEM lehnte das humanitäre Visum ab. Stattdessen gab das SEM Dr. Salti ausschliesslich medizinische Visa. Der Unterschied ist gewaltig: Ein auf 90 Tage beschränktes medizinisches Visum kostet (Reise, Garantiekapital usw.) für 15 Personen beinahe eine Million Franken. Dr. Salti gab nicht auf. Im Dezember gelang ihm dank privaten Spenden, 8 Kinder zwischen 16 Monaten und 17 Jahren samt ihren Müttern nach Genf für Operationen und Pflege zu bringen. Die anderen Kinder waren inzwischen im Hagel der israelischen Bomben umgekommen.

**SCHANDE.** Ende April reist der todesmutige, bewunderungswürdige Dr. Salti mit fünf weiteren Ärzten (Schweizern und Franzosen) nach Gaza. Er will andere Kinder, die dort keine Überlebenschance haben, in die Schweiz bringen. Er hofft, diesmal endlich humanitäre Visa zu erhalten.

«Israel regiert in Bern», sagt SP-Ständerat Carlo Sommaruga, der vorbildlich gegen die gewissenlosen SEM-Bürokraten kämpft. Die Schweiz führt mit dem israelischen Waffenzern Elbit seit 2018 eine enge, millionenschwere Rüstungskoooperation. Mit seiner grausamen Indifferenz will das SEM jede Verärgerung des israelischen Waffenbruders verhindern. Und das ist eine himmelschreiende Schande für unser Land.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

# Luxusgut wird extra teuer: Die Ballade vom «flüssigen Gold» Diebe klauen lieber Olivenöl als Ölgemälde

**Schmuck klauen ist lukrativ. Doch Diebesbanden spezialisieren sich jetzt lieber auf Olivenöl. Eine Geschichte von Klima, Inflation durch Profit, Mangel und Kapitalismus.**

OLIVER FAHRNI

Den Rest im grünen 3-Liter-Kanister nutze ich nur tropfenweise. Denn dieses Jahr wird es kein neues Olivenöl aus dem kleinen Betrieb in der Nähe von Pisa geben. Es war die Grundlage meiner Küche, ein Hochgenuss, pure Medizin noch dazu. Doch 2023 sind die wenigen Früchte verdorrt, bevor sie geerntet werden konnten; Ende Oktober gaben ein paar Hundert Bäume gerade 3 Kilo Oliven her. Wie schon im Jahr zuvor. Zu heiss, zu trocken. Die Klimakatastrophe ist real.

**IN KETTEN GELEGT**

So wird eine Prophezeiung des alten Griechen Homer («Odyssee»)



wahr: «Flüssiges Gold» nannte er das Olivenöl vor 2800 Jahren. Die Mittelmeerkulturen sind darauf gebaut, im Kontrast zu den Butterkulturen im Norden. Was Wunder, steht der Olivenzweig für Frieden und Wohlstand. Heute aber ketten spanische Supermärkte das Olivenöl an ihre Gestelle: Es ist zum meistgestohle-

**Fehlt Olivenöl im Land, kann das heftige politische Unruhen auslösen.**

nen Artikel geworden, vor teuren Whiskeys und Rasierklängen. Dabei produziert kein anderes Land so viel Olivenöl wie Spanien. Im Prinzip zumindest. Letztes Jahr waren es 700 000 Tonnen, gegen 1,3 Millionen Tonnen vor 2020. Schuld am Einbruch: das Klima und eine Bakterie, deren rasende Verbreitung der intensiven Landwirtschaft geschuldet ist.

Darben manche Olivenbauern, nutzen Olivenölkonzerne die Krise, um hohe Extraprofite zu erzielen: In zwei Jahren haben sie die Preise verdreifacht, auch wenn sie ihr Angebot mit Importöl aus Chile strecken. Inflation über die Profit-Preis-Spirale.

Bei 15 Euro für ein Fläschchen bleibt vielen Spanierinnen und Spaniern, wenn sie essen wollen, nur der Klau.

Homers Nachfahren können das noch besser. Gut organisierte Olivenöl-Banden plündern jetzt griechische Ölmühlen, Supermarkt-Depots und die Lager der grossen Produzenten. Brechen sie in Villen ein, verschwindet eher das Olivenöl als das Ölgemälde.

**ÖL VOM SCHWARZMARKT**

Griechenland stellt besonders viel hochwertiges Olivenöl her. Doch das Durchschnittseinkommen liegt bei rund 1000 Franken. Viele Griechinnen und Griechen gehören zu den 7 Millionen Menschen im reichen Europa, die sich von ihrem Lohn nicht mehr ernähren können.

Die Landarbeiter der Olivenplantagen jedenfalls können nicht bezahlen, was sie mit ihren Händen erschaffen. Kaufen sie ihr Öl aber wie Millionen Landleute auf dem Schwarzmarkt, gefährden sie ihre Gesundheit. Denn das flüssige Gold wird mit allem Möglichen gepanscht –

sogar mit Motorenöl. Von Drogen abgesehen wird kaum ein anderes Produkt so häufig gefälscht.

**SCHAURIG**

Selbst in Flaschen bekannter Anbieter steckt nicht immer, was das Etikett verspricht – so exportiert Italien etwa mehr



FLASCHE LEER: Der mediterranen Küche geht das Öl aus. FOTOS: ADOBE (2)

«italienisches» Öl «extra vergine», als es produziert. Wie das geht, erst recht bei hohem Inlandkonsum? Die Docker im Hafen von La Spezia kennen schaurige Stories von Oliven-Frachtern aus Nordafrika (und übrigens, für die Chianti-Freunde, auch von Trauben-Frachtern). Länder wie Tunesien und Libyen haben nun ihre Ausfuhr der grünen Früchte gestoppt – denn fehlt Olivenöl im Land, kann das heftige politische Unruhen auslösen, irrigerweise «Brotrevolten» genannt.

Kein banaler Stoff, das Olivenöl. Es erzählt uns besser als manche gelehrte Abhandlung die

kapitalistische Krise von Klimaüberhitzung, Kampf ums Wasser, absurder Landwirtschaftspolitik und Profiten, die mit Mangel und Hunger gemacht werden.

A propos Essen: Siehst du dieser Tage irgendwo einen guten Risotto, stürze dich darauf, es könnte der letzte gewesen sein. Denn Italiens Reisbauern fehlt neuerdings das Wasser für die Risotto-Reissorten Carnaroli und Arborio. Jenes Wasser, dem sie zuvor in jahrhundertlangem Kampf jeden Fuss Boden der Poebene abringen mussten.

**rosazukunft** Technik, Umwelt, Politik



## Lassen wir uns von diesem Mann einschüchtern?

**Die Bürgerlichen sind stocksauer und wollen das Volk bestrafen: wegen der 13. AHV-Rente. Und wegen einer möglichen Annahme der Initiative zur Prämienentlastung am 9. Juni. Dies mit der Drohung kräftiger Mehrwertsteuererhöhungen. Doch das Volk will lieber den Finanzplatz zur Kasse bitten und bei der Armee sparen.**

Es gibt Hegemonie, das ist die wirksamste Technik jeder Herrschaft. Diese haben die Bürgerlichen etwas verloren. Und es gibt mehr Produktivität dank fortschrittlicher Technik. An die glaubt zurzeit fast niemand mehr. Vielleicht zu Unrecht. Deshalb diesmal ein Ausflug in die Welt der direkten Demokratie, die die Produktionsverhältnisse mitgestaltet.

Dank den Gewerkschaften, dank der Unia erhalten jetzt alle Pensionierten eine 13. AHV-Rente. Das macht pro Haushalt und Jahr durchschnittlich rund 2000 bis 4000 Franken aus. Alle von uns Älteren dürfen und sollten zumindest ein bisschen dankbar sein. Oder etwa nicht? Auf jeden Fall spricht heute auch nach der Pensionierung mehr denn je für den Verbleib in den Gewerkschaften, die sozialen Fortschritt realisiert haben.

**KLASSENKAMPF.** In den Reihen der Gewerkschafts-Apparate glaubten viele bis zum Schluss nicht so recht an einen Sieg. Deshalb gab es am Abstimmungssonntag im Hotel Bern bereits um 16 Uhr kein Bier und keinen Weisswein mehr. Und den Champagner hatte sowieso niemand kalt gestellt. Irgendwie verständlich: denn noch nie zuvor hatten die Linken und die Gewerkschaften in Sachen sozialer Fortschritt eine Volksinitiative durchgebracht. Wir haben mental das Verlieren und nicht das Siegen gelernt. Es ging in der Sache auch diesmal um Klassenkampf. Und so haben



SCHLECHTER VERLIERER: FDP-Parteichef Thierry Burkart will das Volk bestrafen. FOTO: PD

die Menschen auch abgestimmt, weil sie in den letzten Jahren immer mehr Kaufkraft verloren haben.

Anders die Bürgerlichen, zu denen wir in dieser Frage auch die SVP zählen wollen. Jene SVP, die den Lead im Kampf gegen die 13. AHV-Initiative hatte. Und deren Delegierte gleich noch das Rentenalter erhöhen wollten.

Die Bürgerlichen sind jetzt so was von stocksauer und wollen das Volk bestrafen. Inzwischen stehen immerhin zwei Dinge fest: Die kantonalen Ausgleichskassen wären bereit, schon nächstes Jahr die 13. AHV-Rente auszu zahlen. Und für die Juristinnen und Juristen des Bundes ist klar: Spätestens 2026 muss die Kohle fließen. Unabhängig davon, ob bis dann eine Zusatzfinanzierung steht. Auch weil im AHV-Fonds 50 Milliarden Franken ruhen. Die direkt anwendbare Initiative lässt keinen anderen Schluss zu.

**NATIONALBANK-MILLIARDEN.** Jetzt zeigen die neuesten Umfragen noch: Die Mehrheit der

Schweizerinnen und Schweizer will den Finanzplatz zur Kasse bitten (mit einer Finanztransaktionssteuer) und vorab beim Militär sparen. Höhere Lohnabzüge und höhere Mehrwertsteuer wollen nur wenige. Der Ausweg: Die Nationalbank hat ihre Zahlungen an den Bund und die Kantone eingestellt, obwohl sie über ein Vermögen von 800 Milliarden Franken verfügt. Hier liessen sich pro Jahr locker jene 13 Milliarden Franken abholen, die es brauchen wird, wenn am 9. Juni 2024 auch die zweite linke Volksinitiative, die Prämienentlastungsinitiative, durchkommt. Wie werden erst recht Ja stimmen, weil uns der freisinnige Herrenreiter und Parteichef Thierry Burkart mit der Peitsche kräftiger Mehrwertsteuererhöhungen droht.

Worum geht es am 9. Juni 2024? Niemand (auch kein Haushalt) soll in Zukunft mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Dies wird alle mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, die

heute keine oder zu wenig Subventionen erhalten. Von diesen Kosten wird der Bund zwei Drittel übernehmen, wenn die Initiative angenommen wird. Und die Kantone einen Drittel. Gut so!

**AUF KURS.** Erste Umfragen zeigen: Das grösste Problem für den sogenannten Mittelstand sind die explodierenden Krankenkassenprämien. Weil der Teuerungsindex diese nicht korrekt berücksichtigt. Und die Prämienentlastungsinitiative ist vergleichbar gut unterwegs, wie es die 13. AHV-Initiative zum ähnlichen Zeitpunkt vor der Abstimmung war.

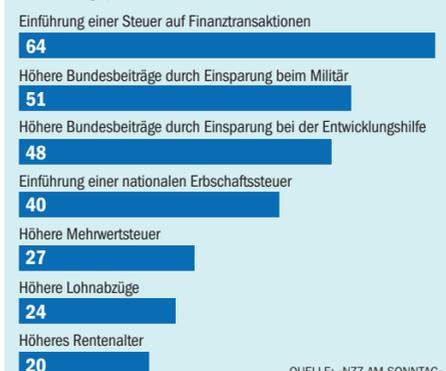
Wichtig wäre, dass irgendwer einen Rechner ins Internet stellt, damit alle feststellen können, wem die Initiative wie viel bringt.

Übrigens: die meisten Rentnerinnen und Rentner würden ein zweites Mal massiv profitieren!

Dieses sensationelle Umfrageergebnis müsste allen zu denken geben:

**Finanzierung der 13. AHV-Rente: Eine Steuer auf Finanztransaktionen ist am beliebtesten**

Lesebeispiel: 64 Prozent der Befragten nennen die Finanztransaktionssteuer als eine der drei wichtigsten Finanzierungsquellen für die 13. AHV-Rente.



QUELLE: «NZZ AM SONNTAG»

**PFLEGE:** Wer sich um seine Angehörigen kümmert, kann dafür entlohnt werden. Dabei kassieren private Firmen ab.

SYMBOLBILD: ADOBE STOCK



## Wer verdient an Menschen, die ihre Angehörigen pflegen?

# Ein Geldsegen für findige Firmen

**Wer kranke Angehörige pflegt, hat Anrecht auf eine Entschädigung. Allerdings verdienen zahlreiche private Firmen kräftig mit. Denn staatlich subventionierte Spitex-Tarife garantieren hohe Margen.**

CHRISTIAN EGG

Bereits mit 57 Jahren erkrankte Werner Bähler\* an Parkinson. Heute, mit 73, sitzt er im Rollstuhl und ist auf Pflege angewiesen. Seine Frau Sandra\* hilft ihm beim Anziehen, beim Gang auf die Toilette, sie wäscht ihn, wechselt seine Einlagen und die Bettwäsche und so weiter. Sicher drei Stunden täglich, sagt die 61jährige im Gespräch mit work, wende sie für die Pflege und Betreuung ihres Mannes auf. «Und es wird nicht weniger.»

Vor fast zwei Jahren gab sie ihren gutbezahlten Job als Buchhalterin auf, damit ihr Mann weiterhin zu Hause leben kann: «Solange ich zu ihm schauen kann, muss er nicht ins Pflegeheim.»

**ANERKENNUNG FÜR CARE-ARBEIT, ABER...**

Immerhin: Für einen Teil ihrer Care-Arbeit wird Sandra Bähler finanziell entschädigt. Möglich macht dies ein Urteil des Bundesgerichts von 2019: Pflegenden Angehörige können demnach einfache Pflegeleistungen über die Krankenkasse abrechnen. Aber nur über eine Spitex-Organisation. Diese zahlt den Angehörigen einen Stundenlohn und stellt dies der Krankenkasse in Rechnung. Regelmässig kontrolliert zudem eine diplomierte Spitex-Pflegekraft, ob alles in Ordnung sei.

Deshalb hat Bähler jetzt einen Arbeitsvertrag mit der Firma Asfam. Diese hat sich auf pflegende Angehörige spezialisiert und beschäftigt laut eigenen Angaben gut 600 Personen. Exakt 85 Minuten Grundpflege pro Tag kann Bähler jetzt über die Asfam abrechnen, zu einem Stundenlohn von 34.30 Franken brutto. Eine Ferienentschädigung ist da bereits eingerechnet.

**... DIE FIRMA VERDIENT AN JEDER STUNDE**

Sie sei froh um die Entschädigung, «auch wenn das kein Vergleich ist mit dem Lohn, den ich vorher hatte». Was sie aber gewaltig ärgert: Die Asfam rechnet pro Stunde einen weit höheren Betrag ab, nämlich gut 82 Franken. Das ist der Spitex-Tarif in

ihrer Gemeinde Frauenfeld. Denn Firmen wie die Asfam profitieren von einem Finanzierungssystem, das auf die reguläre Spitex ausgelegt ist. Die Krankenkassen zahlen den Grundpflege-Tarif von 52.60 pro Stunde. Dazu bezahlt in fast allen Gemeinden die öffentliche Hand eine sogenannte Restkostenfinanzierung, in Frauenfeld derzeit gut 30 Franken.

Das deckt auch Kosten der Spitex, für die die Krankenkasse nicht aufkommt. Etwa den Weg der Pflegenden von einem Einsatz zum nächsten oder die Planung der Einsätze. Kosten, die bei der Asfam nicht anfallen. Trotzdem darf sie für Angehörige wie Sandra Bähler den vollen

**«Für jede Stunde, die ich leiste, sahn die Firma 49 Franken ab. Das ist doch verrückt!»**

SANDRA BÄHLER, ANGEHÖRIGE

Spitex-Tarif in Rechnung stellen. Die pensionierte Buchhalterin rechnet vor: «Für jede Stunde, die ich leiste, sahn die 49 Franken ab. Das ist doch verrückt!»

Mit pflegenden Angehörigen, so scheint es, lässt sich gutes Geld verdienen. Mit Anzeigen in den sozialen Medien spricht derzeit auch die Firma Pflegewegweiser gezielt Angehörige an. Ähnlich wie Asfam zahlt sie 35 Franken Stundenlohn und stellt den Spitex-Tarif in Rechnung. Dahinter steht die deutsche Firma Entyre, an der die Schweizer Krankenkasse CSS beteiligt ist.

**«EINE GELDMASCHINE»**

Der Krankenkassenverband Santésuisse berichtet auf Anfrage gar von mindestens 40 Organisationen und Firmen, die nur mit dem Zweck gegründet wurden, pflegende Angehörige anzustellen. Sprecher Matthias Müller stellt fest: «Offenbar handelt es sich hier um ein sehr lukratives Geschäft, eine eigentliche Geldmaschine.»

Kritisch sieht den Boom solcher Firmen auch der Verband der Nonprofit-Spitex. Co-Geschäftsführerin Marianne Pfister fordert, die Kantone müssten genauer hinschauen. Denn um über die Krankenkasse abzurechnen, braucht eine Firma eine Spitex-Bewilligung. Pfister: «Die zu erhalten ist heute viel zu einfach. Das hat zu einem Wildwuchs solcher Firmen geführt.»

Firmen mit einer staatlich garantierten hohen Marge. Während sie den Angehörigen meist zwischen 33 und 35 Franken pro Stunde auszahlen, sa-

cken sie bei Kassen und der öffentlichen Hand den weit höheren Spitex-Grundpflege-Tarif ein. Im Kanton Aargau liegt er beispielsweise einheitlich bei 88.70 Franken, im Kanton Bern gar bei 92.40.

**VERSCHWIEGENE FIRMAN**

work hat nachgefragt: Wofür genau verwenden die Firmen diese Margen? Doch keine legt Zahlen offen. Die Arana Care, bereits seit 2019 im Geschäft, findet diese Frage sogar «nicht angemessen». Gibt aber bekannt, dass sie mit den Überschüssen Kredite zurückzahle, nachdem sie in den ersten Jahren Verluste geschrieben habe. Ausserdem werde «die Leistungserbringung laufend optimiert, was Geld kostet». Auch ins Care-Management und die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden werde viel investiert. Die Firma Pflegewegweiser gibt an, dass sie Gewinne «vollständig in die Weiterentwicklung» investiere und «als Privatfirma» keine Geschäftszahlen veröffentliche.

Am klarsten äussert sich die Firma Solicare. Man sei eine «gemeinnützige Aktiengesellschaft», so Geschäftsführer Romano Ricciardi. Zwar strebe man einen kleinen Gewinn an. «Aber unsere Statuten verbieten es, Dividenden auszuschütten.» Gewinne blieben in der Firma, um künftige Investitionen zu finanzieren.

Während die Firma IAHA mit Sitz in Zürich gar nicht auf die Anfragen von work reagiert, schreibt die Asfam, Arbeitgeberin von Sandra Bähler: Man sei besonders aktiv in Kantonen wie Wallis oder Neuenburg, die für pflegende Angehörige die Restkosten kaum oder gar nicht finanzierten. «Das erfordert eine Quersubventionierung.» Zudem investiere man «für jeden pflegenden Angehörigen» 1800 Franken in die Ausbildung. Eine Aussage, die Asfam später zurücknehmen muss (siehe Text rechts).

**ASFAM SCHÜTTET DIVIDENDE AUS**

Die Asfam gibt auch – zumindest teilweise – bekannt, wer profitiert. Jeweils die Hälfte des Gewinns gehe als Dividende an die Aktionäre und die Aktionärinnen, «im Kern» fünf Personen. Der Rest des Gewinns gehe an «soziale Ziele».

Doch das ist höchstens die halbe Wahrheit. Neben dieser Aktiengesellschaft existiert noch eine «Asfam Schweiz GmbH». Diese kassiert «einen Anteil am Umsatz» der regionalen Asfam-Betreiber, die wiederum eigenständige Firmen seien. Ob all diese Firmen Gewinne ausschütten und an wen, das gibt Asfam nicht bekannt.

«Wir tragen die Ausbildungskosten» – wirklich? **Beim Flunkern erwischt**

Wer einen Menschen pflegt, muss wissen, wie. Das gilt auch für Angehörige. Wollen sie für ihre Care-Arbeit eine Entschädigung geltend machen (siehe Text links), müssen sie einen Pflegehilfekurs oder eine ähnliche Schulung absolvieren.

Das leuchtet auch Sandra Bähler\* aus Frauenfeld ein, die

**Die Firma will, dass sie die Hälfte der Kurskosten selber bezahlt.**

ihren kranken Mann pflegt. Trotzdem staunte sie nicht schlecht, als sie Post bekam von der Firma Asfam, die ihr die Entschädigung auszahlt. Denn für die obligatorische Schulung, acht Tage zu je 8 Stunden plus Abschlussprüfung, will ihr die Asfam keinen Lohn zahlen. Im Gegenteil: Die Firma verlangt, dass Bähler die Hälfte der Kurskosten von 1800 Franken selber bezahle.

**FRECHHEIT.** Völlig daneben sei das, sagt die 61jährige: «Ich musste in meinem ganzen Berufsleben noch nie eine Weiterbildung in der Freizeit ma-



**SCHULUNG:** Wer eine Angehörige pflegt, muss einen Kurs absolvieren – und da will die Firma Asfam auch gleich mitverdienen.

FOTO: KEYSTONE

chen!» Nicht genug, dass die Asfam an ihr kräftig verdiene – jetzt wolle ihr die Firma noch für den Kurs Geld abknöpfen. Das sei schlicht eine Frechheit.

Zumal auch dieses Geld in der Firmenkasse landen würde. Machen soll sie den Kurs nämlich bei der Asfam Schulung und Bildung GmbH, ebenfalls Teil des unübersichtlichen Asfam-Firmengeflechts.

Auch für den Dachverband «Interessengemeinschaft Angehörigenbetreuung» ist der Fall klar. In einem Positionspapier hielt er letztes Jahr fest: Der Arbeitgeber hat eine solche Ausbildung zu bezahlen, der Kurs gilt als bezahlte Arbeitszeit.

**ENTLARVT!** Der Sprecher der Asfam behauptet gegenüber work zuerst, die Asfam trage die vollen Kosten des Kurses. Konfrontiert mit den Fakten aus der Ostschweiz, krebst er zurück: Asfam Schweiz «empfiehlt» den regionalen Ablegern, die Kosten zu übernehmen. Aber: «Jede dieser Gesellschaften operiert eigenständig und unabhängig.» (che)

\*Namen geändert



**Motion will Ladenöffnungszeiten faktisch abschaffen  
Nationalrat macht  
Sonntag zum «ganz  
normalen Arbeitstag»**

**Neues von den Turbo-Lädeler. Der Nationalrat macht ihnen eine grosse Freude. Und Bundesrat Parmelin nimmt sie beim Wort und wird zum Dank von ihnen ausgeschimpft. Die neusten Volten um die Ladenöffnungszeiten wären zum Lachen, wenn es nicht um die Gesundheit der Arbeitenden ginge.**

**Das zeigt, wie wenig die Bürgerlichen auf die Volksmeinung geben.**

Während 7 Tagen je 24 Stunden sollen die Läden offen sein. In Fabriken und Büros sollen 50 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Wenn's dem Arbeitgeber passt, auch gestückelt rund um die Uhr, nachts und an Wochenenden und an Feiertagen, selbstverständlich ohne Zuschläge. Das sind die Wünsche der Arbeitgeberverbände und ihrer Parteien SVP, FDP, GLP und teilweise der Mitte (Ex-CVP). Jetzt sind diese, so auf den Punkt gebracht, natürlich in keiner Weise mehrheitsfähig. Darum versuchen bürgerliche Politikerinnen und Politiker es immer wieder mit stets neuen «Argumenten». Beim Arbeitsgesetz und bei den Ladenöffnungszeiten. Ganz so, wie sie umgekehrt auf allen Ebenen mit sich widersprechenden «Argumenten» Mindestlöhne verhindern wollen.

**AM VOLK VORBEI**  
Blöd für die Arbeitsschutz-Schleiferinnen und -Schleifer: Das Volk wollte in den letzten beiden Jahrzehnten in über 70 Prozent der jeweiligen Abstimmungen nichts von längeren Ladenöffnungszeiten wissen. Und auch dort, wo «Liberalisierungs»-Vorlagen durchkamen, scheint das von den Turbo-Lädeler herbeifabulierte «überwältigende Bedürfnis der Bevölkerung» nur sehr begrenzt real zu sein. Vielerorts verzichten die Ladenbetreibenden auf längere Öffnungszeiten, weil es nicht rentiert. Doch «Liberalisierung» ist keine Bedürfnisbefriedigung, sondern marktradikale Ideologie. Darum kommt es zu immer neuen Vorstössen – und vor allem zu immer neuen Versuchen, Ausweisungsvorlagen am Volk vorbeizuschmuggeln.

**PARMELIN NIMMT'S (ZU) WÖRTLICH**  
Zum Beispiel mit der Ausweitung der «Tourismuszone». Auf Wunsch rechter Kantonsregierungen sollen via Verordnung – zu denen das Volk nichts zu sagen hat – absurd grosse «städtische Tourismusquartiere» definiert und damit zum Beispiel die Kernstädte zum 7-Tage-Shoppingcenter werden. Die «Argumente»: Touristinnen und Touristen erwarten einfach offene Läden an jedem Tag. Bundesrat Guy Parmelin leuchtete das ein. Blöderweise für die Zürcher FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh und ihre Brüder und Schwestern im Geiste

nahm der SVP-Volkswirtschaftsminister sie wörtlich und schickte eifertig eine Verordnung auf die Schiene, die es «Verkaufsgeschäften mit entsprechendem Angebot in städtischen Quartieren mit internationalem Tourismus [ermöglicht], während des ganzen Jahres ohne Bewilligung Arbeitnehmende an Sonntagen zu beschäftigen». Heisst: Luxuswaren und Souvenirs. Und für Sonntagsbesuche soll es Zuschläge geben. Was der wackere Waadtländer Weinbauer nicht bedachte: Der Tourismus ist nur der Vorwand, Walker Späh & Co. wollen alle Läden öffnen und Sonntagsarbeit ohne Lohnzuschläge. Darum gab's jetzt Schimpfis. An einer eigens einberufenen Medienkonferenz sprachen sie von einem «bürokratischen Monster» und «untauglichen und komplizierten Sonderlösungen».

**SONNTAG = ARBEITSTAG**  
Mehr Freude als am zwar folgsamen, aber wenig gmerkigen Parmelin hatten die Turbo-Lädelerinnen und -Lädeler gewiss an der Nationalratsmehrheit. Diese stimmte einer Motion des Walliser FDP'lers Philippe Nantermod zu. Der will nichts weniger, als das «Arbeitsrecht so zu ändern, dass lokale Geschäfte im ganzen Land sonntags öffnen dürfen». Das ist immerhin ein ehrlicher Angriff auf den Gesundheitsschutz der Arbeitenden. Und zeigt, wie wenig bürgerliche Volksvertreter auf die Volksmeinung geben: Nantermod's Landsleute hatten am 3. März eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten deutlich versenkt.

**SONNTAGSARBEIT MACHT KRANK**  
Unzählige Studien zeigen: Fällt der Sonntag als arbeitsfreier Tag weg, leidet die Gesundheit der Lohnabhängigen. Regelmässige Sonntagsarbeit führt zu Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Darm-Störungen und Problemen bei der Schwangerschaft. Darum wehren sich nicht nur die Gewerkschaften und kirchliche Organisationen gegen ausufernde Sonntagsarbeit, sondern auch die Schweizerische Gesellschaft für Arbeitsmedizin.  
Leena Schmitter ist Mitglied der Unia-Sektorleitung Tertiär. Sie sagt zum Entscheid des Nationalrates: «Die Arbeitszeiten im Verkauf sind jetzt schon sehr dereguliert und belastend – von den Beschäftigten wird ein Maximum an Flexibilität verlangt. Zerstückelte Einsätze, Abendarbeit und kurzfristige Änderungen der Dienstpläne gehören zu ihrem Arbeitsalltag. Noch mehr Sonntagsarbeit verschärft diese Entwicklung.»

**NÄCHSTES REFERENDUM?**  
Die Gewerkschaften, Kirchen und Arbeitsmedizinerinnen und -mediziner erwarten vom Ständerat eine Korrektur des nationalrätlichen Fehlentschiedes. Sonst kommt's zum Referendum. Denn im Unterschied zu einer allfälligen bundesrätlichen Verordnungsänderung hätte bei einer Änderung des Arbeitsgesetzes das Volk das letzte Wort.

Filialeleiterin Kimberly Ackermann (48) wehrt sich gegen längere Öffnungszeiten in Bern

**Jetzt ist das Wochenende endgültig futsch!**

**Seit die Läden in der Stadt Bern am Samstag länger offen hätten, sei die Motivation der Verkäuferinnen und Verkäufer im Keller, sagt Filialeleiterin Kimberly Ackermann. Mehr noch: Die zusätzliche Stunde bringe den Geschäften nichts.**

CHRISTIAN EGG  
Es ist ein Tausch, aber kein fairer. In der Berner Innenstadt müssen jetzt Verkäuferinnen und Verkäufer am Samstag eine Stunde länger arbeiten. Per Verordnung hat die Kantonsregierung die Ladenöffnungszeiten ausgeweitet, von 17 auf 18 Uhr. Und am Donnerstag den Abendverkauf, der immer weniger Kundenschaft anlockte, um eine Stunde gekürzt. Das Ganze sei ein «Versuch», der bis Ende 2025 laufe.

Kimberly Ackermann ist Filialeiterin einer Modeboutique im betroffenen Gebiet. Für die Leute im Verkauf, sagt sie, sei dies ein miserabler Deal. Die meisten ihrer Mitarbeitenden seien

**«Überall leere Läden und unglückliche Mitarbeitende.»**  
KIMBERLY ACKERMANN, FILIALEITERIN  
jung, zwischen 20 und 25. «Die legen viel Wert auf den Ausgang am Wochenende.» Und diese eine Stunde länger am Samstag, die mache sehr viel aus: «So bist du erst um sieben oder halb acht zu Hause. Dann etwas essen, umziehen... bis du bereit bist, ist der Abend schon halb gelaufen.»

**DEN BOGEN ÜBERSPANNT**  
Der Frust, der daraus entstehe, den merke sie den jungen Kolleginnen und Kollegen die ganze Woche über an, sagt Ackermann: Sie hätten weniger Freude an der Arbeit. Und dadurch sinke die Leistung des Teams. Für die 48jährige ist klar: Mit dieser Ausweitung hat die Regierung den Bogen überspannt.

Denn in den letzten zehn, fünfzehn Jahren sei von den Mitarbeitenden immer mehr und noch mehr gefordert worden, um die Umsätze anzukurbeln: «Wir sollen zum Beispiel von allen den Namen erfassen, am besten das Geburtsdatum und natürlich, was sie kaufen.»

Dann spucke das System diverse Listen aus, etwa mit Leuten, die Geburtstag hätten oder die schon länger nicht mehr im Laden waren. Die Mitarbeitenden müssten dann die Telefonnummern ausfindig machen, die Betroffenen anrufen und im Gespräch dazu bringen, wieder mal vorbeizukommen.

Allein dafür, so Unia-Mitglied Ackermann, bräuchte es pro Tag etwa eine Arbeitskraft mehr. «Aber wir müssen das mit gleich viel Leuten bewältigen wie früher. So steigt unser Aufwand ständig, nur unsere Löhne bleiben tief. Das macht mich hässig.»

**FÜR NÜÜT!**  
Und jetzt noch diese Stunde mehr am Samstag. Die erst noch sinnlos sei: «Wer vorher kurz vor Ladenschluss noch etwas wollte, kommt jetzt eine Stunde später. Für die Firma macht das keinen Unterschied. Für uns schon.» Nein, die Verlängerung sei «für nüüt», sagt die Filialeiterin. Sie sei auch schon an einem Samstag zwischen 17 und 18 Uhr durch die Innenstadt geschlendert – um zu schauen, wie es der Konkurrenz laufe. Ein trauriger Anblick sei das: «Überall leere Läden und unglückliche Mitarbeitende.»

Die Begründung für den Versuch in Bern fällt damit in sich zusammen. Die Kantonsregierung teilte beim Start mit, die neuen Öffnungszeiten sollen «den Einkaufsgewohnheiten entgegenkommen». Kimberly Ackermann widerspricht dezidiert: «Auch wenn das so wäre: nein. Es nervt mich, dass wir im Verkauf jede Laune der Leute befriedigen sollen. Es können sich doch alle so organisieren, dass sie bis am Samstag um fünf ihre Einkäufe erledigt haben.»

**Gegenwehr: Unia-Petition fordert Abbruch**

Kimberly Ackermann ist mit ihrem Ärger nicht alleine. Mehr als 2000 Verkäuferinnen und Verkäufer haben eine Petition der Unia unterschrieben, die vom Regierungsrat den Abbruch des Versuchs fordert. Anna Meier von der Unia Bern: «Die Arbeitszeiten im Verkauf sind heute schon dereguliert. Die Grenze des Tragbaren ist längst erreicht!»

**GEGEN DAS VOLK.** Kommt dazu: Die Berner Bevölkerung will keine längeren Ladenöffnungszeiten. Erst vor drei Jahren sagte der Kanton an der Urne Nein zu einer Deregulierungsvorlage (work berichtete: [rebrand.ly/3siege](https://www.rebrand.ly/3siege)). (che)



*HÄSSIG: Filialeiterin Kimberly Ackermann sagt, dass Boutiquen nicht jede Laune der Leute befriedigen müssten.* FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Die Schweiz und ihr durchlöcherteres Arbeitsgesetz

**Bundesrat entlarvt Turbo-Lädeler**

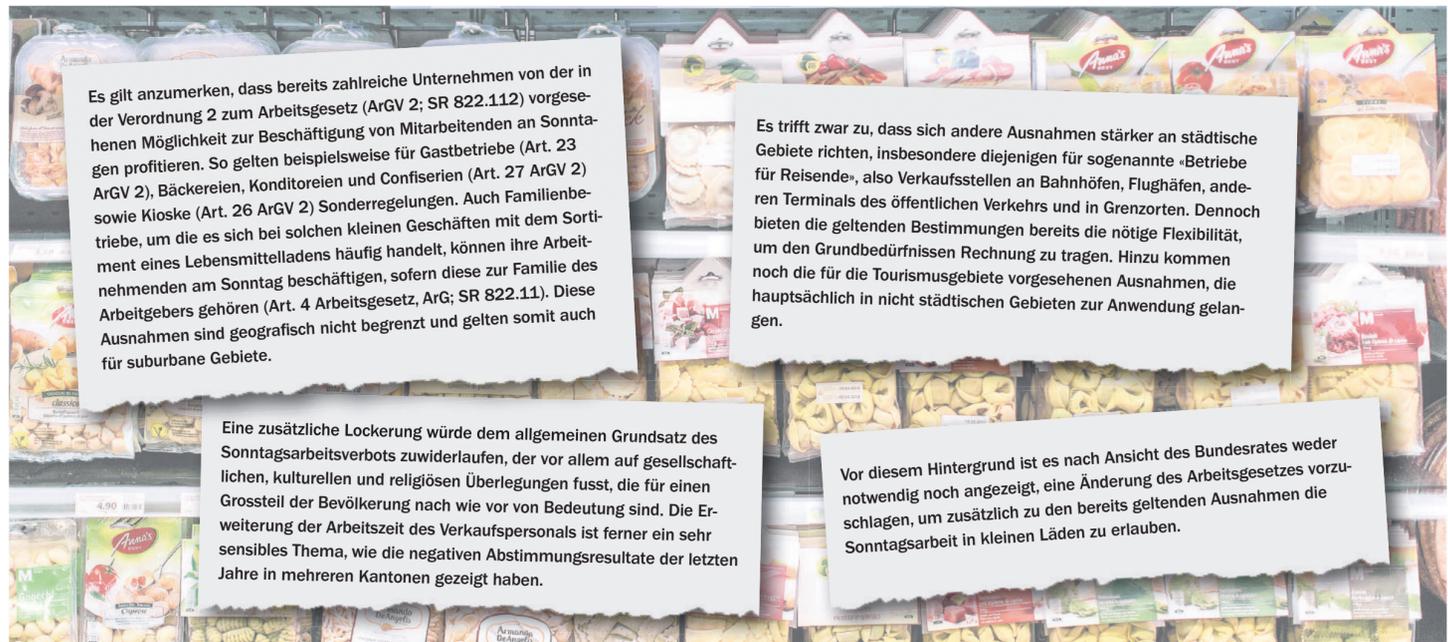
**In seiner Stellungnahme zum neusten Angriff auf die Ladenöffnungszeiten hat der Bundesrat fein säuberlich aufgelistet, wie durchlöcherter Schutz für die Mitarbeitenden im Verkauf bereits ist.**

CLEMENS STUDER  
Der Gesundheitsschutz der Lohnabhängigen ist den Marktradikalen grundsätzlich ein Dorn im Auge. Darum machen sie das Arbeitsgesetz als «Fossil aus der Zeit der Industrialisierung» lächerlich und greifen es an, wo sie nur können. Wenn immer ein Thema in der öffentlichen Wahrnehmung auftaucht, nimmt es irgendeine Politikerin oder ein Politiker von SVP, FDP, GLP oder der Mitte auf, um den Gesundheitsschutz zu schleifen: Digitalisierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pandemie, vermeintlich drohender Strommangel – die Liste ist endlos fortsetzbar.

**Die Marktradikalen greifen das Arbeitsgesetz an, wo sie nur können.**

Aktuell gerade geht es angeblich um Homeoffice. In Wahrheit aber darum, möglichst vielen Arbeitnehmenden die Pausen zu streichen, sie ohne Bewilligung am Sonntag arbeiten zu lassen und die Arbeitszeit nach Gutdünken auf 17 Stunden pro Tag zu verteilen. Und unter dem Stichwort «Start-up-Förderung» wollen bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier allen Mitarbeitenden aller neu eingetragenen Firmen während 5 Jahren den Schutz des Arbeitsgesetzes gleich ganz entziehen.

**LÖCHRIG.** Der Lieblingsangriffsort der Gesundheitsschutz-Schleifer ist und bleibt der Detailhandel (siehe Artikel links). Denn auch dort, wo die Ladenöffnungszeiten abgeschafft sind, gilt im Prinzip das Arbeitsgesetz mit seinem rudimentären Schutz. Im Prinzip deshalb, weil es bereits enorm durchlöcherter ist. Wie selbst der Bundesrat feststellt (siehe Ausrisse rechts). Aber das genügt den Marktradikalen nicht. Sie wollen rund um die Uhr arbeiten lassen, in Läden, Büros, Fabriken und auf Baustellen. Und zwar ohne Bewilligungen und ohne Zuschläge.



Es gilt anzumerken, dass bereits zahlreiche Unternehmen von der in der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2; SR 822.112) vorgesehenen Möglichkeit zur Beschäftigung von Mitarbeitenden an Sonntagen profitieren. So gelten beispielsweise für Gastbetriebe (Art. 23 ArGV 2), Bäckereien, Konditoreien und Confiseries (Art. 27 ArGV 2) sowie Kioske (Art. 26 ArGV 2) Sonderregelungen. Auch Familienbetriebe, um die es sich bei solchen kleinen Geschäften mit dem Sortiment eines Lebensmittelladens häufig handelt, können ihre Arbeitnehmenden am Sonntag beschäftigen, sofern diese zur Familie des Arbeitgebers gehören (Art. 4 Arbeitsgesetz, ArG; SR 822.11). Diese Ausnahmen sind geografisch nicht begrenzt und gelten somit auch für suburbane Gebiete.

Es trifft zwar zu, dass sich andere Ausnahmen stärker an städtische Gebiete richten, insbesondere diejenigen für sogenannte «Betriebe für Reisende», also Verkaufsstellen an Bahnhöfen, Flughäfen, anderen Terminals des öffentlichen Verkehrs und in Grenzorten. Dennoch bieten die geltenden Bestimmungen bereits die nötige Flexibilität, um den Grundbedürfnissen Rechnung zu tragen. Hinzu kommen noch die für die Tourismusgebiete vorgesehenen Ausnahmen, die hauptsächlich in nicht städtischen Gebieten zur Anwendung gelangen.

Eine zusätzliche Lockerung würde dem allgemeinen Grundsatz des Sonntagsarbeitsverbots zuwiderlaufen, der vor allem auf gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Überlegungen fusst, die für einen Grossteil der Bevölkerung nach wie vor von Bedeutung sind. Die Erweiterung der Arbeitszeit des Verkaufspersonals ist ferner ein sehr sensibles Thema, wie die negativen Abstimmungsergebnisse der letzten Jahre in mehreren Kantonen gezeigt haben.

Vor diesem Hintergrund ist es nach Ansicht des Bundesrates weder notwendig noch angezeigt, eine Änderung des Arbeitsgesetzes vorzuschlagen, um zusätzlich zu den bereits geltenden Ausnahmen die Sonntagsarbeit in kleinen Läden zu erlauben.

Konzernverantwortung

## EU ist einen grossen Schritt weiter

Letztlich konnten sich die Wirtschaftslobbyisten doch nicht durchsetzen. Am 15. März einigte sich eine deutliche Mehrheit der Regierungen im EU-Ministerrat auf die EU-Lieferkettenrichtlinie. Diese verpflichtet multinationale Konzerne, dafür zu



**Erne Europa**  
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

sorgen, dass ihre Tochterfirmen, Zulieferer und Auslieferer weltweit die Menschenrechte respektieren.

**ABGESCHWÄCHT.** Dabei geht es nicht nur um Zwangs- und Kinderarbeit, sondern auch um kollektive Gewerkschaftsrechte, das Recht auf existenzsichernde Löhne und ökologische Sorgfaltspflichten. Die Endfassung des Richtlinienentwurfes ist jedoch eine stark abgeschwächte Version. So gelten die Sorgfaltspflichten nur noch für EU-

**Davon könnten auch Schweizer Búezerrinnen profitieren.** Konzernne, die mehr als tausend Beschäftigte haben und weltweit einen Umsatz von 450 Millionen Euro erzielen. Nicht-EU-Firmen (also auch Schweizer Konzerne) müssen der EU-Richtlinie nachkommen, wenn sie mehr als 450 Millionen Euro pro Jahr auf dem EU-Markt erwirtschaften, ungeachtet ihrer Beschäftigtenzahl.

**ABFALLMAFIA.** Um die Blockade der rechten Regierungen zu überwinden, hat der Rat auch die Liste der Tätigkeiten, die der Sorgfaltspflicht unterliegen, weiter eingeschränkt. Die italienische Abfallmafia sorgte zum Beispiel dafür, dass die Entsorgung und das Recycling von Produkten in letzter Minute komplett ausgeschlossen wurde. Der französischen Regierung gelang es dagegen schon früher, Bankgeschäfte aus dem Geltungsbereich der Richtlinie zu streichen. Ganz im Interesse des Pariser Finanzplatzes.

Dennoch ist auch die verwässerte Richtlinie ein Erfolg. Bei Verstössen gegen ihre neuen EU-Sorgfaltspflichten müssen multinationale Konzerne zudem mit Milliardenstrafen von bis zu 5 Prozent ihres weltweiten Konzernumsatzes rechnen

Auch Betroffene aus Nicht-EU-Staaten können gemeinsam mit EU-Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen Konzerne vor EU-Gerichten verklagen, wenn diese ihre weltweiten sozialen Sorgfaltspflichten nicht einhalten.

Von diesem Recht könnten nicht nur Beschäftigte aus dem globalen Süden profitieren, sondern auch Búezerrinnen und Búezer in der Schweiz oder in den USA, wenn multinationale Arbeitgeber ihnen Gewerkschaftsrechte oder existenzsichernde Löhne vorenthalten.

Jetzt muss nur noch das EU-Parlament die Richtlinie ratifizieren. Seine Zustimmung gilt als sicher. Dennoch ist nicht klar, ob die Schlussabstimmung noch vor den EU-Wahlen stattfinden kann. Das hängt davon ab, ob der 113seitige englische Richtlinienentwurf bis Ende April in alle EU-Sprachen übersetzt werden kann.



**KLARE POSITION:** Die Gewerkschaften haben bereits 2018 vor dem Bundeshaus den Lohnschutz verteidigt – und tun es jetzt wieder. FOTO: KEYSTONE

Gewerkschaften lassen sich nicht übertölpeln

# Der Lohnschutz bleibt die rote Linie

**Bürgerliche und Medien führen wieder das «Gewerkschaften sind wie die SVP, wenn sie beim Lohnschutz nicht nachgeben»-Theater auf. Nur: Die Gewerkschaften spielen nicht. Sie meinen es ernst.**

CLEMENS STUDER

Ganz kurzer Blick zurück: 2018 wollten Marktradikale in der Schweiz und in der EU via ein sieben Jahre lang verhandeltes «Rahmenabkommen» den Schweizer Lohnschutz schrotten. Der damalige SGB-Präsident und SP-Ständerat Paul Rechsteiner roch den Braten und schlug Alarm. Nach monatelangem, medial wohlwollend unterstütztem Geheule, Gejammer und Gefluhe von FDP, GLP und Mitte musste Aussenminister Ignazio Cassis seine Niederlage einsehen: Der Bundesrat brach die Verhandlungen zum Rahmenabkommen ab. Wer den Lohnschutz angreift, kassiert ein Nein der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben Öffnungen gegenüber der EU immer mitgetragen, wenn sie den Lohnabhängigen in der Schweiz nützten. Das war beim alten Rahmenabkommen nicht der Fall – und das ist auch aktuell nicht der Fall.

### ES GIBT KEIN RÜTTELN

Die Haltung der Gewerkschaften ist ebenso einfach wie klar: Wer in der Schweiz arbeitet, muss einen Schweizer Lohn verdienen. Und ebenso stringent ist die gewerkschaftliche Position zu den aktuellen Verhandlungen mit der EU über institutionelle Ab-

**Wer in der Schweiz arbeitet, muss einen Schweizer Lohn verdienen.**

kommen: Ja zu Abkommen, aber zu solchen, die Schweizer Löhne schützen und ermöglichen, dies noch effizienter zu tun.

Doch auch nach dem Scheitern des alten Rahmenabkommens wollen das die Marktradikalen in Politik, Verwaltung und Arbeitgeberverbänden nicht einsehen: Das Verhandlungsmandat des Bundesrates

stellt zentrale Pfeiler des Lohnschutzes in Frage. Konkret: Arbeitnehmer, die in die Schweiz entsandt werden, sollen keine Schweizer Spesen mehr bekommen, und die Sanktionsinstrumente der Kautions- und der Dienstleistungssperre sollen ihre Wirkung verlieren. Und den Lohnschutz dürfte die Schweiz zwar dem Wortlaut nach wie bisher kontrollieren, aber er stünde unter dem Generalverdacht, den Marktzugang der Firmen zu behindern. Und dieser würde künftig stärker gewichtet als das Prinzip «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz».

Da machen die Gewerkschaften nicht mit. Das ärgert bürgerliche Politikerinnen und Politiker ungemein. Darum versuchen sie, die Gewerkschaften als rückständige

**Die Bürgerlichen versuchen, die Gewerkschaften als rückständige Truppen darzustellen.**

Truppen darzustellen, die einfach nicht greifen wollen, dass der Lohnschutz ja bereits gesichert sei. Und die vereinigten Zentralredaktionen aus dem Aargau und Zürich beteiligen sich munter an diesem Theater.

### BAUSTELLE STROMABKOMMEN

Die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ist ein alter Wunschtraum der Stromindustrie. Via EU-Abkommen möchten sie diese jetzt auch in der Schweiz durchsetzen. Der Bundesrat kommt ihnen mit einer «Wahlmöglichkeit» entgegen. Diese Wahl haben heute bereits kleine und mittlere Unternehmen mit mehr als 100 000 Kilowattstunden Jahresverbrauch. Unter dem Schlachtruf «Einmal frei, immer frei» liessen sich viele KMU-Chefinnen und -Chefs von ihren ideologischen Verbänden in den «freien Markt» treiben. Aber als vor zwei Jahren die Preise im gepriesenen freien Markt explodierten hatten Tausende Firmen existenzbedrohende Rechnungen im Haus. Und flugs wollten die Götzenpriester des «freien Marktes» in den Gewerbe- und Wirtverbänden ihre Mitglieder wieder unter den schützenden Schirm des regulierten Marktes schlüpfen lassen.

Übrigens: Dass es in der Schweiz überhaupt noch einen regulierten Strommarkt für Haushalte gibt, ist ein Erfolg der Ge-

werkschaften: Am 22. September 2002 lehnte das Volk die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ab. Die Gewerkschaften hatten das Referendum ergriffen. Die damalige SP-Bundeshausfraktion musste zuerst von der Parteibasis zur Besinnung gebracht werden. Die Gewerkschaften lehnen die Liberalisierung weiterhin ab.

### BAUSTELLE BAHN & BUS

In vielen Gebieten der EU sind ehemalige staatliche oder staatlich subventionierte Angebote im öffentlichen Verkehr verschwunden. Sie sind Opfer des neoliberalen Privatisierungswahns. Aber dort, wo zu wenig Profit winkt, gibt es auch keine privaten Angebote. Dumpingwettbewerb auf gewinnbringenden Strecken zulasten der Staatsbahnen hat dazu geführt, dass Nebenlinien nicht mehr quersubventioniert werden können und geschlossen werden. Solche Zustände wollen die Gewerkschaften nicht. Und pochen darum auf «Kooperations- statt Marktzugangsabkommen». Eine Liberalisierung des internationalen Schienen-Personenverkehrs lehnen sie ab.

### STURE ARBEITGEBER

Die Gewerkschaften lassen nicht am Lohnschutz rütteln. Und den Service public verteidigen sie, weil er im Interesse der Mehrheit in diesem Land ist. Doch wie diese Errungenschaften geschützt werden können, darüber diskutieren sie gerne. Beziehungsweise würden sie. Sie haben mehrere detaillierte Vorschläge gemacht, wie trotz Zugeständnissen an die EU die rote Linie «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz» nicht überschritten wird. Zum

**Die Liberalisierung des Strommarktes ist ein alter Wunsch der Stromindustrie.**

Beispiel mit Verbesserungen im Inland bei der Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und bei der Regulierung der Temporärarbeit. Doch die Arbeitgeberverbände weigern sich, ernsthafte Gespräche zu führen.

SGB-Chef Pierre-Yves Maillard macht jetzt Druck beim Bundesrat. Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob die Lernkurve beim Bundesrat und bei den Arbeitgeberverbänden doch noch entscheidend steigt.

Verdi-Chef **Frank Werneke** (56) über Deutschlands marode Infrastruktur, mickrige Mindestlöhne und den Aufstieg der AfD

# «Unsere Infrastruktur geht vor die Hunde!»

**Streiks, Zukunftsängste und Massendemonstrationen gegen rechts – im «grossen Kanton» brodelt's heftig. Das spürt auch Verdi, die zweitgrösste Gewerkschaft Deutschlands. Ihr Vorsitzender Frank Werneke erklärt im Interview, was die Ampelkoalition falsch macht und warum Verdi ein Rekordwachstum verzeichnet.**

JONAS KOMPOSCH

**work:** Herr Werneke, letzten Monat riefen Sie zum Warnstreik auf, und der öffentliche Verkehr in Berlin stand zwei Tage komplett still. Sie verlangen unter anderem längere Ruhezeiten, mehr Entlastungstage und kürzere Arbeitstage. Laufen die deutschen Nahverkehrsangestellten wirklich derart am Limit? **Frank Werneke:** In den nächsten Jahren müssen mehrere Zehntausend Arbeitsplätze neu besetzt werden. Doch schon jetzt sind viele Arbeitsplätze nicht zu besetzen. Ohne die Arbeitsbedingungen zu verbessern, geht es schlicht nicht. Das müssten eigentlich auch die Arbeitgeber erkennen. Doch noch gestalten sich die Verhandlungen schwierig.

**Der Verkehr ist ja nur ein Dauerthema unter vielen in Deutschland. Wie geht es den Menschen zurzeit?**

Es herrscht Verunsicherung und Gereiztheit. Wir erleben eine Aneinanderreihung von Krisen: Corona, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die

**«SPD und Grüne lassen sich am Nasenring durch die Manege ziehen.»**

gestiegenen Energiekosten, die hohe Inflation, den Aufstieg der AfD als rechter Kraft. Auch die wirtschaftliche Konjunktur ist nicht gut. Hinzu kommt die grosse Anzahl von Geflüchteten, etwa aus der Ukraine, was rein von der Zahl her eine Herausforderung ist – insbesondere für die Kommunen, die von der Bundesregierung zu wenig unterstützt werden. Das alles führt zu einer ungunstigen Stimmung. Auch bei unseren Mitgliedern. Es gibt Abstiegs- und Zukunftsängste. Und gerade in dieser Situation trägt die Bundesregierung ihre Zerstümmung auf offener Bühne aus.

**Sie haben die Bundesregierung ja wiederholt heftig kritisiert, auch die SPD, in der Sie selbst Mitglied sind. Was macht die Ampelkoalition so falsch?**

Die SPD und die Grünen lassen sich zurzeit von der eigenen Koalitionspartnerin, der FDP, am Nasenring durch die Manege ziehen. Und das, obwohl die Liberalen derzeit in Meinungsumfragen unter 5 Prozent liegen. Es ist die FDP, die de facto die politischen Entscheidungen prägt.

**Heisst Sparübungen im öffentlichen Bereich?**

Im grossen Stil! Unter Druck kommt alles, was uns wichtig ist: insbesondere der Ausbau des Nahverkehrs oder die Sanierung der öffentlichen Gebäude. Wir haben ja mittlerweile vielfach extrem marode Krankenhäuser. Oder Schulen in zum Teil beschämendem und baulich desaströsem Zustand. Deutschlands öffentliche Infrastruktur geht zusehends vor die Hunde!

**Und das wird von SPD und Grünen einfach hingenommen?**

Ich sehe zumindest keinen Widerstand. Wobei die deutsche Investitionspolitik ja auch eingeschränkt wird durch das Neuverschuldungsverbot in der Verfassung. Diese Schuldenbremse



**REDET TACHELES:** Verdi-Chef Frank Werneke geht auch mit seiner eigenen Partei, der SPD, hart ins Gericht.  
FOTO: KEYSTONE

kann unter bestimmten Umständen zwar ausgesetzt werden. Doch dafür bräuchte es auch die FDP – und die sagt zu allem immer Nein.

**Derweil wächst die AfD anscheinend unaufhaltsam...**

Unaufhaltsam – das sehe ich so nicht. Die Partei ist ja phasenweise auch schwächer geworden. Aber es stimmt, dass sie derzeit auf relativ hohem Niveau verharrt. Gemäss aktuellen Umfragen würden fast 20 Prozent der Deutschen AfD wählen. Dieser Wert erklärt sich allerdings nicht allein durch den harten, ausländerfeindlichen Kern, den es auch in unserem Land gibt. Daher spielt es eine grosse Rolle, welche politischen Entscheidungen getroffen werden.

**Eine Regierungsentscheidung war ja auch, den nationalen Mindestlohn bei aktuell 12,41 Euro festzusetzen. Kann man damit überhaupt leben?**

Es ist vollkommen ausgeschlossen, mit diesem Lohn in einer deutschen Grossstadt eine Wohnung zu halten. Und ganz grundsätzlich lassen sich damit keine grossen Sprünge machen. Ein Ausflug in die teure Schweiz etwa liegt sicher nicht drin. Ich möchte aber festhalten, dass die EU-Mindestlohnrichtlinie besagt, dass die Mitgliedstaaten ihren Mindestlohn bei 60 Prozent des Medianlohnes ansetzen sollten. Das wäre in Deutschland aktuell etwas mehr als 14 Euro!

**Die Ampelkoalition hält sich also nicht an die EU-Mindestlohnrichtlinie. Was sind die Folgen davon?**

Das hängt von der Region ab. In den Grenzregionen Baden-Württemberg und Bayern ist die Zahl der Mindestlohnempfänger zum Beispiel eher klein. In Ostdeutschland dagegen sind fast die Hälfte aller Erwerbstätigen im Mindestlohnbereich und nicht durch Tarifverträge geschützt. Die schlechte Entwicklung des Mindestlohns trotz hoher Inflation ist zweifellos einer der Gründe für die verbreitete Politikunzufriedenheit in diesen Regionen.

**Womit wir wieder bei der AfD sind: Nach dem aufgefliegenen Geheimgespräch von AfDlern und anderen Rechtsextremen kam es in ganz Deutschland zu Massendemonstrationen. Auch Sie waren auf der Strasse. Welche Bedeutung haben diese Proteste?**

Positiv war, dass sie nicht nur in den Grossstädten stattfanden. Sondern auch in ländlichen Regionen, in denen die AfD stark verwurzelt ist, wo es also Mut braucht, sich zu exponieren. Das zeigt, dass sich jetzt breite Teile der Bevölkerung aufmachen. An diesem Treffen wurden schliesslich Pläne geschmiedet zur Massendeportation von Menschen mit Migrationsgeschichte! Heute hat aber jedermann Arbeitskollegen oder Nachbarinnen mit Migrationsgeschichte. Und die Vor-

stellung, dass diese Mitmenschen nun von irgendwelchem rechten Pack vertrieben werden sollen, das hat für breite Empörung gesorgt.

**Und wie geht Verdi mit der AfD um?**

Für uns gibt es in keiner Weise eine Zusammenarbeit mit der AfD. Wir laden sie nicht an Veranstaltungen ein und boykottieren umgekehrt die Veranstaltungen von ihnen. Wenn sie Gesetzesentwürfe einbringen, ignorieren wir diese. Diese Haltung ruft auch Widerspruch hervor, es gibt immer wieder Austritte wegen dieser klaren Positionierung.

**«Wir hatten 2023 keinen Tag, an dem nicht irgendwo ein Arbeitskampf lief.»**

**Insgesamt aber ist Verdi noch nie so stark gewachsen wie 2023. Was ist Ihr Erfolgsrezept?**

Wir haben rund 190 000 Neuaufnahmen gemacht und sind netto um über 40 000 Mitglieder gewachsen – auf aktuell rund 1,9 Millionen Mitglieder. Dieses Wachstum steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem intensiven Streikjahr 2023. Wir hatten keinen einzigen Tag, an dem nicht irgendwo ein Arbeitskampf lief!

**Besonders bei der Jugend konnten Sie punkten. Über 50 000 der Neumitglieder sind unter 28 Jahre jung. Wie ist Ihnen das gelungen?**

Wir haben die Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut – etwa über grosse Videokonferenzen. Auch haben wir eine separate Jugendtarifkampagne mit eigenen Verhandlungskommissionen und eigenen Jugendstreiktagen, die speziell die Ausbildungsstätten in den Fokus nehmen. Zudem haben wir die Präsenz in den sozialen Medien massiv ausgebaut.

**Schaut man aber länger zurück, trübt sich dieses Bild. Seit der Verdi-Gründung im Jahr 2001 ist die Basis um etwa 1 Million Mitglieder geschrumpft. Was haben Sie falsch gemacht?**

Wie in allen Grossorganisationen ist auch bei uns die Altersstruktur von Babyboomern geprägt. Wir haben viele Mitglieder, die in Rente gehen. Und wir haben es etliche Jahre lang nicht geschafft, diese Abgänge durch genügend neue Mitglieder zu kompensieren. Hohe Mitgliederverluste hat es insbesondere in den nuller Jahren gegeben. Es waren wirtschaftlich extrem schwierige Zeiten, Stichwort Agenda 2010. Anders als in den nuller Jahren, als es gerade in der jüngeren Generation viele Vorbehalte und eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Gewerkschaften gab, strömt uns heute Aufgeschlossenheit und Neugier entgegen.

Das ungekürzte Interview mit Frank Werneke lesen Sie unter [rebrand.ly/werneke](https://rebrand.ly/werneke).

## Frank Werneke: Der mächtige Mechaniker

Frank Werneke (56) ist bei Bielefeld aufgewachsen und lernte Verpackungsmittelmechaniker. Schon als 16jähriger trat er der damaligen Industriegewerkschaft Druck und Papier bei und wurde bald ihr Jugendleiter in Nordrhein-Westfalen. 2001 wählten ihn die Delegierten der frisch gegründeten Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) in den Bundesvorstand. Seit 2019 ist er ihr Vorsitzender und führt damit von Berlin aus die zweitgrösste Gewerkschaft Deutschlands (rund 1,9 Millionen Mitglieder). Werneke ist Mitglied der SPD, des ZDF-Fernrats und des Vorstands von Uni Global Union, der Weltföderation der Dienstleistungsgewerkschaften mit Sitz in Nyon VD. (jok)



FOTO: KEYSTONE

## 1,5 Grad wärmer Globaler Klimastreik

Die globale Durchschnittstemperatur lag in den letzten zwölf Monaten mehr als 1,5 Grad über dem vorindustriellen Wert, das zeigen neuste Daten des EU-Klimadienstes Copernicus. Damit wurde die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte kritische Marke erstmals überschritten. Trotz der Häufung von Klimakatastrophen investieren Staaten und die Finanzindustrie weiterhin in fossile Projekte. Am 19. April findet deshalb der nächste globale Klimastreik statt. Die Schweizer Klimabewegung trifft sich in Zürich und in Bern zu Demonstrationen, Reden und Konzerten.

Bern, Bundesplatz, und Zürich, Helvetiaplatz, 19. April, ab 18 Uhr.

## Filmfestival Wir waren Kumpel

Schwarzer Staub, schrille Metallgeräusche, dunkle Tunnel, starke Arbeiter – das ist Vergangenheit. 2018 endete die flächendeckende Steinkohleförderung in Deutschland. Im selben Jahr wurden die Stimmen der aufstrebenden Klimaprotestbewegung Fridays for Future lauter. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse folgt der Film «Wir waren Kumpel» fünf Bergleuten – darunter der landesweit einzigen Bergfrau – auf ihrer tragisch-humorvollen und herzerwärmenden Suche nach einer neuen Rolle im Leben. Jetzt kommt der gefeierte Streifen ans Zürcher Human Rights Film Festival!



**Wir waren Kumpel**, von Christian Johannes Koch und Jonas Matuschek, Schweiz/ Deutschland 2023, 103 Minuten. Sonntag, 7. April, 20.40 Uhr

(Anschlussgespräch mit Regisseur Koch), und Montag, 8. April, 18.20 Uhr. Kino Riffraff, Neugasse 57–63, Zürich.

## «Lichtblick» Protest auf Fotopapier

Im Basler Fotografiezentrum «Bellevue» läuft die Ausstellung «Lichtblick». Zu sehen gibt es fotografische Zeugnisse politischer Bewegungen aus den 1970er Jahren und der Gegenwart. Ein Gutteil der Exponate stammt aus dem Nachlass der Basler Agentur Fotolib. Diese begleitete ab 1975 die politische Aufbruchstimmung in der Schweiz. Etwa den grossen Streik in der Basler Zentralwäscherei 1977, die Demos gegen das AKW Gösgen oder die Hausbesetzungen der frühen Frauenbewegung. Die Ausstellung zeigt auch zeitgenössische Protestbilder und fragt nach Kontinuitäten und Unterschieden. Begleitet wird das Ganze von einem Rahmenprogramm – unter anderem mit Beteiligung der Basler Basisgewerkschaft IGA und der Unia.

**Lichtblick**, Bellevue – Ort für Fotografie, Breisacherstrasse 50 (im Hinterhof), Basel. Ausstellung geöffnet samstags und sonntags bis am 16. Juni. Freier Eintritt.

# Sonderausstellung zum Thema Arbeit und Migration in Winterthur In «Swiss Made» steckt immer eine gute Portion Multikulti!

**Welchen Einfluss hatten Zugewanderte auf die Entwicklung von Winterthur? Und wie war es für sie, ein Leben in einer neuen Stadt zu beginnen? Antworten auf diese Fragen gibt die Ausstellung «Reality Check!» im Museum Schaffen.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Italien, Nigeria, Serbien, Bolivien – Menschen aus diesen Ländern und vielen mehr prägen die Stadt Winterthur. Die Industriestadt ist seit Jahrzehnten ein beliebtes Ziel für Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Zugezogene beeinflussen die Stadt bis heute. Ihre Geschichten müssen erzählt werden, findet das Museum Schaffen. Mit seiner Sonderausstellung «Reality Check!» widmet es sich diesem wichtigen Teil der Winterthurer Geschichte.

Mitte März öffnete die Ausstellung ihre Tore. An der Eröffnungsfeier platzte das kleine Museum aus allen Nähten. Der Andrang zeigt, wie wichtig solche Aufklärungsarbeit für Winterthurerinnen und Winterthurer ist. Die Ausstellung beginnt mit Fakten zu den Zuwanderinnen und Zuwanderern. Das Stadtbild ist bis heute von Lebensmittelgeschäften mit Spezialitäten aus der ganzen Welt geprägt. Deshalb wird auch italienisches Olivenöl oder Fufu, ein Brei, der zum Beispiel in Ghana gegessen wird, ausgestellt. Weiter zeigt das Museum auf, wie Migrantinnen und Migranten das Freizeitangebot der Stadt prägen. Zum Beispiel die Winterthurer Steinberggasse, eine belebte Strasse in der Altstadt. Diese wurde erst durch italienische Zuwandernde in den 60er Jahren zum Treffpunkt für die ganze Stadt. Geprägt sind Einwanderergeschichten aber nicht von gutem Essen und geselligen Abenden in der Steinberggasse, sondern von Hürdenläufen bei Behörden, Diskriminierung und Unterdrückung. Dem Museum Schaffen gelingt es, auch diese Realitäten aufzuzeigen.

### LEBENSREALITÄTEN

Wer darf in der Schweiz arbeiten? Wer darf sich in der Schweiz aufhalten? Solche Fragen entscheiden bei Zuwandernden massgeblich über ihre Zukunft. Das komplexe Zulassungsverfahren regelt das Staatssekretariat für Migration (SEM). Im Museum Schaffen stehen in einem weissen, sterilen Raum an den Wänden die Regeln, an die sich ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter zu halten haben. «So viele Regeln? So viele Gründe, Menschen nicht in der Schweiz leben und arbeiten zu



**ANKUNFT: Eine Gruppe Italienerinnen und Italiener 1968 am Hauptbahnhof in Zürich.** FOTO: COMET PHOTO AG, ZÜRICH, ETH-BIBLIOTHEK / BILDARCHIV

lassen?» fragt sich eine Museumsbesucherin. Die strikten Regeln des SEM lassen einen fast vergessen, dass es hier um Menschen geht.

Im nächsten Ausstellungsraum erzählen mehrere Personen von ihrer Migrationsgeschichte. Darunter auch Luigi Fucentese, ein italienischer Industriearbeiter, der in den 60er Jahren nach Winterthur kam (work be-

richtete: [rebrand.ly/dokumentarfilmsamir](http://rebrand.ly/dokumentarfilmsamir)). Adriana Santos dagegen zog viele Jahre später von Bolivien nach Winterthur, nämlich im Jahr 2008. Ähnlich wie Fucentese organisierte sich Santos in der Schweiz gewerkschaftlich. In einem Video erzählt sie: «Die Gewerkschaft Unia war für mich eine wichtig Informationsstelle. Zudem habe ich hier Freundinnen kennengelernt, und das ist wichtig, um sich an einem neuen Ort wohl zu fühlen.» Santos sagt, dass eine Gewerkschaft wie die Unia, die mehrsprachig sei, diesen Menschen helfe.

Die ausgestellten Geschichten zeigen: Die Probleme der Migrantinnen und Migranten sind oft die gleichen und verbessern sich mit den Jahren nur schleppend. Nebst Ausgrenzungserfahrungen und Schwierigkeiten, Anschluss zu fin-

den, ist die Arbeit für viele ein Knackpunkt. Zum Beispiel können viele Personen mit einem ausländischen Diplom ihren gelernten Beruf in der Schweiz nicht ausüben. Dass zeigt unter anderem die Geschichte von Maria Mendoza. In ihrem Heimatland Bolivien war sie als Juristin tätig, doch in der Schweiz war ihr Diplom nicht gültig. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie lange mit einem Job in der Reinigung, heute arbeitet sie in der Pflege.

### WICHTIGE AUFKLÄRUNGSARBEIT

Die Ausstellung wagt einen Blick in die Zukunft. Wie können wir der Vielfalt in der Schweiz gerecht werden? Solchen komplexen Fragen stellt sich eine Reflexionsgruppe, bestehend aus mehreren Personen mit Migrationsgeschichte. Darunter Sarah Akanji, Fussballerin und Politikerin. Die Sonderausstellung ist eine gelungene Aufarbeitung der Winterthurer Migrationsgeschichte. Eine vorbildliche Aufklärung der Lebensrealität von vielen Menschen in der Schweiz, denn über 40 Prozent der Bevölkerung hierzulande haben eine Migrationsgeschichte.

**Ausstellung Reality Check! Arbeit, Migration, Geschichte(n)**, Museum Schaffen, Lagerplatz 9, Winterthur. Eintritt zwischen 9 und 12 Franken. Mehr Infos: [museumschaffen.ch](http://museumschaffen.ch).

## work1xl der wirtschaft

David Gallusser



## BAUFIRMEN: DIE GROSSEN PROFITIEREN VON SUBUNTERNEHMEN

Das Schweizer Baugewerbe wird immer kleinteiliger. In den vergangenen 10 Jahren hat die Zahl der Kleinstunternehmen im Hochbau, die weniger als 10 Beschäftigte haben, stark zugenommen. Umgekehrt gibt es weniger Baumeister mit 10 und mehr Beschäftigten (vgl. Grafik). Die Entwicklung schlägt sich auch in der Beschäftigung nieder. Während die Zahl der Stellen bei den Kleinsten um einen Viertel zugenommen hat, fiel beim Rest der Unternehmen jeder zehnte Arbeitsplatz weg.

**SUBUNTERNEHMEN.** Die Branche zersplittert, weil vermehrt mit Subunternehmen gearbeitet wird. Die grossen Unternehmen verrichten längst nicht mehr alle Arbeiten in einem Bauprojekt. Teilweise beschränken sie sich auch ganz auf die Rolle des Generalunternehmers, der im Auftrag eines Bauherrn ein Gebäude durch Drittfirmen erstellen lässt. Deshalb brauchen die Grossen weniger Bauleute. Gleichzeitig sind sie auf Subunternehmen angewiesen, die die Arbeit

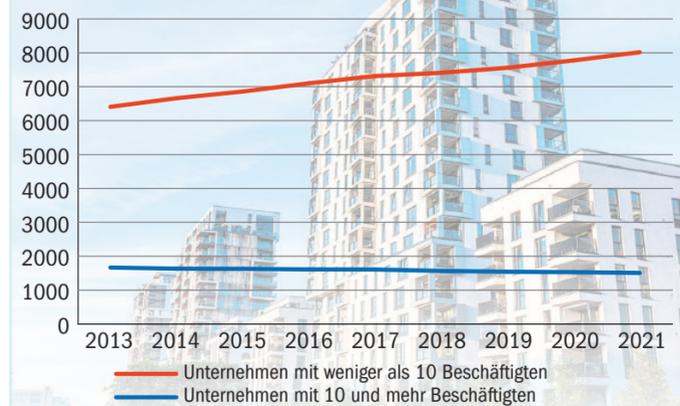
an ihrer Stelle ausführen. Das wiederum sind häufig die Kleinstunternehmen, deren Zahl in der Statistik steigt.

Für die grossen Unternehmen ist es ein lukratives Geschäft. Sie können den Kleinen oft die Preise diktieren und das Risiko auf sie abwälzen. Das setzt die Kleinen unter Druck. Genauso schnell, wie sie aus dem Boden schiessen, verschwinden deshalb viele von ihnen wieder. Bereits nach 5 Jahren haben mehr als die Hälfte das Geschäft bereits wieder aufgegeben. Trotzdem versuchen jedes Jahr mehr Neue ihr Glück. Denn die Nachfrage nach Subunternehmen bleibt hoch.

**PROBLEM FÜR DIE BRANCHE.** Für die Branche wird die Zersplitterung zunehmend zu einem Problem. Je mehr mit der Weitervergabe von Arbeiten Geld verdienen, ohne auf der Baustelle zu arbeiten, umso weniger bleibt für die effektive Arbeit auf der Baustelle – und das geht zulasten der Arbeitsbedingun-

### Immer mehr Kleinstunternehmen

Anzahl Hochbauunternehmen in der Schweiz nach Grösse



gen und der Qualität. Ebenso erschweren die vielen Akteure die Zusammenarbeit auf den Baustellen. Die kleinteilige Struktur dürfte auch der Innovationskraft der Firmen abträglich sein. Und nicht zuletzt belastet sie auch die Sozialpartnerschaft. Denn Kleinstfirmen, die ge-

nauso schnell kommen wie gehen, setzen sich im Gegensatz zu etablierten Firmen kaum mehr für Branchenanliegen wie einen Gesamtarbeitsvertrag ein.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

«Dune»: Ein Hollywood-Film als Schlachtengemälde der Globalisierung

# «Sorry, wir haben die Welt aufgebraucht»



HOCHPOLITISCHE SPANNUNG: Paul Atreides und Chani Kynes sind die Hauptfiguren des Blockbusters «Dune II». FOTO: WARNER BROS

**Manchmal hilft Science-Fiction, die Gegenwart besser zu verstehen. Was uns die Romanverfilmung «Dune» über Ökologie, Rohstoffkriege und Autokratie zu sagen hat.**

NILS BOEING\*

Futuristische Soldaten kämpfen mit Schwertern, Laserkanonen zerstören Fabriken, riesige Sandwürmer durchpflügen eine Wüstenlandschaft: Auf den ersten Blick wirken «Dune» und «Dune II», die aktuell in den Kinos laufen, wie weitere Blockbuster aus der Abteilung negative Utopie, die Hollywoods Filmindustrie seit einigen Jahren bedient. Doch damit täte

**«Dune» enthält alles, was den Menschen 2024 auf die Stimmung drückt.**

ce-Fiction-Romane des 20. Jahrhunderts meisterhaft in Szene gesetzt. Der Roman des US-Amerikaners Frank Herbert, 1965 veröffentlicht, kombinierte erstmals shakespearehaften Verrat mit hochpolitischen Themen – die heute aktueller denn je sind.

**SPIEGEL DER GEGENWART**

Brutale Ausbeutung von Rohstoffen, die unerträgliche Arroganz der Macht, ruchlose Autokraten und ihre Kartelle, Krieg gegen die Zivilgesellschaft, Religion als politische Ideologie – «Dune» enthält alles, was vielen Menschen im Jahr 2024 auf die Stimmung drückt.

Es ist noch immer ein weitverbreitetes Missverständnis, dass es in der Science-Fiction im wesentlichen um die Zukunft gehe. Um atemberaubende Technologien, mit denen die Menschheit das Weltall erobert. Frank Herbert gehörte damals zu einer neuen Generation von Autorinnen und Autoren, die anderes im Sinn hatten. 1981 sagte Herbert im Gespräch mit dem US-Magazin «Mother Earth»: «In der Science-Fiction kann ich mit unterhaltsamen und dramatischen Geschichten arbeiten, die Analogien zur Gegenwart sind.»

Die Handlung von «Dune» in aller Kürze: In einer fernen Zukunft ist die Milchstrasse ein Imperium, das die Menschheit im Griff hat. Demokratie ist unbekannt, es geht um unermessliche Profite, die einige wenige Adelhäuser aus dem Handel zwischen Sternensystemen ziehen. Der ist nur möglich dank einer Substanz, die ausschliesslich auf dem Wüstenplaneten Arrakis – auf «Dune» – zu finden ist und ohne die eine interstellare Raumfahrt nicht möglich wäre. Wer den Abbau dieser bewusstseinsweiternden Substanz, des «Spice» (Gewürz), kontrolliert, dem winken noch mehr Reichtum und noch mehr Macht. Die einheimische Bevölkerung des Planeten, die sich über Jahrtausende perfekt an die Wüstenökologie angepasst hat, muss in Schach gehalten werden. Wenn das nicht genügt, werden kurzerhand Tausende weggebombt. Bis ein geheimnisvoller Aussenseiter einen Aufstand der «Fremen», wie die Einheimischen sich nennen, anzettelt.

**ÖKOLOGIE, ERLEUCHTUNG UND DROGEN**

Dass Frank Herberts Roman schon bald nach Erscheinen ein spektakulärer Erfolg wurde, kann nicht überraschen. Ökologie, Erleuchtung, Drogen und Antiimperialismus waren die Themen der gerade aufkeimenden Gegenkultur der Sechziger. Ihr Unbehagen am Kapitalismus der Nachkriegszeit verdichtete sich in «Dune» zu einer epischen Erzählung, in der ein radikaler Bruch mit der bestehenden Zivilisation aufschien. Vor allem der Guerilla-Kampf der «Fremen» hatte deutliche Parallelen zum Vietnamkrieg (1955 bis 1975): hier die hochgerüstete Armada des mächtigsten Staates der Welt, der USA, dort eine indigene Bevölkerung, die mit einfachen, cleveren Mitteln diese Armada ins Straucheln bringt.

Frank Herbert hatte seit Ende der 40er Jahre als Journalist gearbeitet. Als Kriegsberichterstatter in Vietnam deckte er einen Korruptionsskandal auf, in den US-Truppen und die Familie des südvietnamesischen Präsidenten Nguyễn Văn Thiệu verwickelt waren. Zahlreiche US-Medien griffen seine Enthüllung auf.

Spätere Generationen erkannten im Kampf um das «Spice», der Millionen-Dollar-Substanz in Herberts fiktivem Universum, den Krieg ums Öl im Nahen Osten. So manche US-Soldaten lasen im Irakkrieg (2003–2011) «Dune». Es öffnete ihnen die Augen dafür,

dass sie Teil eines ungerechten imperialen Feldzuges waren. Umso mehr, als die «Fremen» auf dem Wüstenplaneten Abkömmlinge einer Arabisch sprechenden Kultur der alten Erde waren. Und sich mit einem messianischen Aussenseiter als Anführer in einem religiösen Furor gegen die Besatzer wandten.

Inzwischen wird noch eine andere Parallele sichtbar. In Herberts Welt kontrolliert ein Kartell den Handel zwischen den Sternen. In der deutschen Übersetzung heisst dieses Kartell «Merkantile Allianz für Fortschritt und Entwicklung im All», MAFEA. Sieht man einmal vom Sprachwitz des deutschen Übersetzers ab, ist in der digitalen Wirtschaft die Entwicklung eines solchen Kartells längst im Gange. Die MAFEA unserer Gegenwart ist GAFAM: kurz für die Konzerne Google (Alphabet), Amazon, Facebook (Meta), Apple und Microsoft. Wie dieses Datenkartell den Zugang für Onlineaktivitäten immer stärker kontrolliert, hat der Berliner Soziologe Philipp Staab in seinem lesenswerten Buch «Digitaler Kapitalismus» untersucht.

**Der Autor war kein Freund von fossilen Energien.**

Das «Dune»-Universum des Frank Herbert ist selbstverständlich keine Prognose. Science-Fiction beschreibe Gedankenexperimente – so formulierte es einmal die legendäre Science-Fiction-Autorin Ursula K. Le Guin, deren Werke ähnlich wegweisend wie Frank Herberts «Dune»-Zyklus aus sechs Romanen waren.

**EINE LEICHTE PROGNOSE**

Herbert war, wenig überraschend, kein Freund fossiler Energien. Für ihn waren sie ein Teil dessen, was er die «Büchse der Pandora gewalttätiger Technik» nannte. In einem Fernsehinterview mahnte er bereits 1977 den raschen Übergang zu erneuerbaren Energien an. Und sagte einen Satz, der dann doch etwas von einer Prognose hat: «Ich möchte nicht in eine Situation gezwungen werden, in der ich meinen Enkeln sagen muss: Sorry, es gibt keine Welt mehr für euch, wir haben sie aufgebraucht.»

\* Niels Boeing ist Physiker und Journalist. Seine Kerngebiete sind neue Technologien wie künstliche Intelligenz, Anthropologie und Urbanismus. Er ist Autor für das «ZEIT Wissen»-Magazin.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

## Laura und das violette Blüemli

Der März hat super angefangen! Die Schweiz hat jetzt eine 13. AHV-Rente. Und wir müssen nicht länger arbeiten! Das haben die Stimmberechtigten am 3. März entschieden. Meine Arbeitskolleginnen und -kollegen haben sich wahnsinnig gefreut. Ein grossartiges Ergebnis. Ein Grund zu feiern? Ja, aber



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

auch ein Grund weiterzumachen! Zum Beispiel am 8. März, dem internationalen Frauentag. Da wurden Blümchen verschenkt, wurde den Frauen ein schöner Frauentag gewünscht. Ich habe keine Blumen erhalten. Warum auch! Warum sollte ich ein Gschenkli wollen an einem Tag des Kampfes? Einem Tag, der uns daran erinnern soll, was durch Aktivistinnen auf der Strasse erreicht wurde. Und daran, dass es noch ganz viel zu tun gibt.

**LAUTSTARK.** Feiern mag ich, wenn die Arbeit getan ist. Aber Ungleichberechtigung und Diskriminierung sind noch da. Überall. Auf der Arbeit, in den vier

**Nö, Blümchen helfen nicht. Ich gehe lieber auf die Strasse.**

Wänden, in den Hochglanzmagazinen und in unserer Sprache. Nö, Blümchen helfen nicht. Da gehe ich lieber mit meinen Unia-Gspönli auf die Strasse und mache die Passanten auf sexuelle Belästigungen und Mobbing am Arbeitsplatz aufmerksam. Und danach lautstark mit anderen auf die Strasse. Aktionen sind für mich wichtig, sie verbinden und stärken. Die Tage wie der 8. März, der Frauenstreik am 14. Juni und der Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November machen sichtbarer, wofür wir an jedem Tag im Jahr im kämpfen.

**EINE SAUERREI.** Doch der 3. März hat nicht nur Freude bereitet. Die Zürcher Stimmberechtigten haben den Gegenvorschlag zur «Chaoten-Initiative» angenommen: Das heisst, ausserordentliche Polizeieinsätze werden den verursachenden Personen verrechnet. Aber «nur», wenn diese vorsätzlich gehandelt haben. Bin gespannt, wie sie das umsetzen wollen. Wir Zürcherinnen und Zürcher müssen auf der Strasse unsere Rechte einfordern dürfen. Ohne Bittbätti an die Behörden, die dann auch noch entscheiden, welche Forderungen genehm sind und welche nicht. Wir gehen auf die Strasse gegen ein System, das nicht gerecht ist. Doch genau dieses System erschwert es uns jetzt, auf die Strasse zu gehen. Das ist eine Sauerei. Ich hoffe sehr, dass die Menschen trotzdem weiterhin lautstark für ihre Rechte eintreten und jetzt nicht aus Angst daheim bei ihren Blüemli bleiben.



**Das offene Ohr**  
Natasa Jevdenic  
von der Unia-Arbeitslosenkasse  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Spartipps: Von Budget über Nebenkosten bis Versicherungen

# So bleibt ein Batzen fürs Sparschwein übrig

**Egal, wie Sie es anstellen: am Ende des Monats bleibt kein Geld übrig? Dann kann es sich lohnen, gewisse Posten zu prüfen. work sagt Ihnen, wo Sie ansetzen können.**

**DEN REFERENZINSSATZ PRÜFEN.** An der Miete lässt sich in der Regel nicht viel rütneln. Versichern Sie sich aber, dass Ihre Miete auf dem aktuellen Referenzzinssatz beruht. Zurzeit beträgt der Referenzzinssatz 1,75 Prozent. Viermal pro Jahr wird er neu berechnet. So überprüfen Sie, ob Sie Anspruch auf eine tiefere Miete haben: Nehmen Sie den Mietvertrag und prüfen Sie mit Hilfe eines Mietzinsrechners, wie es um Ihre Miete steht. Das können Sie zum Beispiel auf der Website des Mieterinnen- und Mieterverbands kostenlos tun: **rebrand.ly/mietzinsberechnen**. Falls Sie eine Mietreduktion zugute haben, melden Sie sich mit einem eingeschriebenen Brief bei Ihrem Vermieter oder Ihrer Vermieterin und verlangen Sie eine Reduktion auf den nächsten ordentlichen Kündigungstermin. Hier gibt es einen Musterbrief: **rebrand.ly/musterbrief-miete**.

formmodell wechseln. Sind Sie mindestens acht Stunden pro Woche bei der gleichen Firma angestellt? Dann sind Sie automatisch gegen Berufs- und Nichtberufsunfälle versichert und können die Unfalldeckung bei der Krankenkasse kündigen. Prüfen Sie ausserdem, ob Sie Anrecht auf eine Prämienverbilligung haben. Denn das Krankenversicherungsgesetz (**rebrand.ly/kvg-praemienvverbilligung**) sieht vor, dass jene, die sich die Krankenkassenbeiträge nicht leisten können, finanziell entlastet werden. Diese individuelle Prämienverbilligung ist kantonale geregelt. Ob Sie Anspruch darauf haben, hängt vom Einkommen, vom Vermögen und der Anzahl Kinder ab. Informieren Sie sich bei der kantonalen Ausgleichskasse. Und: Sie brauchen sich dafür nicht zu schämen, rund ein Viertel aller Versicherten erhalten eine Prämienverbilligung.

**BEIM EINKAUFE**  
**empfeht es sich: Satt und mit einem Konzept in den Laden gehen.**

NEBENKOSTEN SENKEN. Indem Sie Ihren Energie- und Wasserverbrauch tief halten, können Sie die Kosten spürbar senken. Schon bei einem Grad tieferer Raumtemperatur lassen sich sechs Prozent Energie sparen. Weitere Tipps: Während der Heizperiode keine Kipfenster offen lassen und ein bis zwei Mal pro Tag Stosslüften. Elektronische Geräte bei Nichtgebrauch ganz ausschalten. Aufladegeräte ausstecken. Kochen mit Deckel, bei Duschbrausen und Wasserhähnen Wassersparer verwenden. Wasch- und Spülmaschine zu Uhrzeiten benutzen, in denen der Hoch- oder Niedertarif gilt. Wann das ist, erfahren Sie von Ihrem Stromanbieter. Prüfen Sie ausserdem die Nebenkostenabrechnung jeweils genau! Es dürfen Ihnen nur jene Nebenkosten verrechnet werden, die auch im Mietvertrag als solche aufgeführt sind.

**WEREIM EINKAUFE PLANEN.** Mit leerem Magen und ohne Einkaufsliste einkaufen gehen? Eine schlechte Idee. Zu viele Produkte landen dann im Einkaufskorb, die nicht zwingend notwendig sind. Besser: Satt und mit einem Konzept in den Laden gehen. Am besten planen Sie die Menus gleich für mehrere Tage, so können Sie gezielter einkaufen gehen. Grundsätzlich sind vor allem bei den Grundnahrungsmitteln wie Teigwaren, Reis oder Zucker die entsprechenden Eigenmarken meist günstiger als Herstellermarken. Eine Eigenmarke ist ein Produkt, das von einem Einzelhändler oder Unternehmen hergestellt und unter seinem eigenen Markennamen verkauft wird. Herstellermarken wurden von Dritten produziert. Eigenmarken von Coop sind zum Beispiel Betty Bossi und Prix Garantie, bei der Migros sind es unter anderem M-Budget und Terrasuisse. Bei Medikamenten – verschriebenen oder selbst gekauften – fragen Sie nach dem Generikum. Generika enthalten dieselben Wirkstoffe wie das Originalmedikament, sind aber günstiger.

**KRANKENKASSE ÜBERPRÜFEN.** Ein Wechsel der Grundversicherung zu einer günstigeren Krankenkasse ist in der Regel auf Ende Jahr möglich. Dennoch gibt es Veränderungen, die Sie auch unter dem Jahr vornehmen können, um Geld einzusparen. Sie können zum Beispiel bei der bestehenden Krankenkasse auf eine preisgünstigere Variante umsteigen, indem Sie die Franchise erhöhen, zu einem Modell mit beschränkter Arztwahl oder zum sogenannten Tele-

**VERSICHERUNGEN KONTROLLIEREN.** Viele Menschen sind doppelt oder überversichert und wissen es gar nicht. Hier kann viel Geld verloren gehen. Prüfen Sie deshalb am besten einmal pro Jahr, welche Versicherungen Sie wirklich brauchen. Vielleicht ist dieselbe Leistung bei einer anderen Versicherung mittlerweile günstiger? Kontrollieren Sie auch Ihre Verträge und Abos regelmässig, zum Beispiel Festnetz, Handy und Online-Abos.

**VIELE MENSCHEN SIND DOPPELT ODER ÜBERVERSICHERT UND WISSEN ES GAR NICHT.**

**WERKSTIPPE**  
**SCHULDEN: HOLEN SIE SICH HILFE**

Unsere Spartipps sind bei Ihnen ein Tropfen auf dem heissen Stein, und die Schulden haben sich längst angehäuften? Schulden sind ein Tabuthema und schambehaftet. Doch finanzielle Not kann alle treffen. Hilfe und nützliche Tipps bekommen Sie zum Beispiel bei der Schuldenberatung Ihres Kantons (**schulden.ch/fachstellen/**). Auch die Caritas bietet kostenlose Beratungen an – persönlich, telefonisch oder online (**rebrand.ly/caritas-schuldenberatung**).



**RABATAKTIONEN**  
**WERDEN SIE ZUM SPAR-FUCHS!**

Lebensmittel und Haushaltsartikel gehören für die meisten Menschen zu den teuersten Ausgaben. Wenn Sie sich über Aktionen informieren, bevor Sie zum Beispiel Kleider, Lebensmittel oder Haushaltsartikel einkaufen, können Sie merklich sparen. Besonders bei haltbaren Produkten wie Pasta, Mineralwasser, WC-Papier oder Waschmitteln lohnt es sich, wenn Sie sich zum Aktionspreis eindecken.

**LAUFENDE AKTIONEN.** Über aktuelle Rabatte bei Grossverteilern informiert die Website **aktionis.ch**. Gutscheine und Sparangebote verschiedener Anbieter finden Sie unter anderen bei **rewardo.ch, gutschein.ch** oder **couponster.ch**. Aber Achtung: Aktionen verleiten auch dazu, Dinge zu kaufen, die man gar nicht wirklich braucht. Wenn die tolle Hose 30 Prozent runtergesetzt ist, Sie aber genug Hosen im Schrank haben: lassen Sie's. Mit Apps wie «Too Good To Go» (**toogoodtogo.ch**) kann man sparen und gleichzeitig etwas gegen Foodwaste tun. Unverkaufte Lebensmittel aus Restaurants und Geschäften werden in der App angezeigt. Ist etwas für Sie dabei, können Sie es reservieren und zu einer bestimmten Zeit günstig oder gratis abholen. (mk)

***BEREIT ZUR FÜTTERUNG:** Das Sparschwein zu füllen ist vielen erst gar nicht möglich. Doch es gibt Tipps und Tricks, wie Sie Ihr Budget verbessern können.*  
**FOTO: GETTY IMAGES**

**MARIA KÜNZLI**

**BUDGET ERSTELLEN.** Nein, es ist nicht besonders sexy, und den meisten Menschen macht es keinen Spass. Dennoch ist es sinnvoll, ein Budget zu erstellen. Denn das Geld vernünftig einteilen und bestenfalls etwas auf die hohe Kante legen kann nur, wer weiss, wie viel da ist und wie viel wofür ausgegeben wird. Hilfreiche Tipps finden Sie auf der Website des Dachverbands Budgetberatung Schweiz (**budgetberatung.ch**). Die Budgetberatung bietet auch eine kostenlose App, die «BudgetApp», dank der Sie Ihre Einnahmen und Ausgaben bequem mit dem Smartphone im Auge behalten können. Als Alternative funktioniert natürlich auch der klassische Weg: Belege sammeln, Ein- und Ausgaben in einem Notizheft festhalten. So oder so werden Sie schnell erkennen, wo der Hund begraben liegt: Zigaretten, Kaffees, Kaugummi oder Snacks können sich zum Beispiel in einem Monat ganz schön summieren.

**LEISTUNGSPFlicht.** Das bedeutet, dass während des laufenden IV-Verfahrens von der Arbeitslosenkasse die vollen Leistungen erbracht werden. Wie das bei Ihnen der Fall war. Wird dann im Laufe des Verfahrens rückwirkend ein Invaliditätsgrad festgestellt, muss der versicherte Verdienst der verbleibenden Erwerbsfähigkeit angepasst werden. Dies geschieht unabhängig davon, ob der festgelegte Invaliditätsgrad zu einem Rentenanspruch führt oder nicht. Die Arbeitslosenversicherung deckt den Ausfall ab, den Sie aufgrund der Kündigung verlieren, jedoch nicht den Ausfall durch die Erwerbsunfähigkeit. Deshalb wurde aufgrund Ihres Invaliditätsgrades von 35 Prozent Ihre Erwerbsfähigkeit auf 65 Prozent angepasst.

## Arbeitsunfähig: Wieso bezahlt die Kasse nicht mehr?

**Ich bin arbeitslos, und gleichzeitig warte ich auf einen Entscheid der IV. Die Arbeitslosenkasse verlangt, dass ich mindestens zu 20 Prozent arbeitsfähig sein müsse. Das war eine Zeitlang möglich. Leider hatte ich nach ein paar Monaten einen starken Rückfall und bin nun seit drei Monaten wieder zu 100 Prozent krank geschrieben. Die Arbeitslosenkasse hat noch einen Monat bezahlt und seither nichts mehr. Dürfen die das?**

**NATASA JEVDENIC:** Ja, das dürfen sie. Wie oben bereits dargelegt, sind die Arbeitsfähigkeit sowie die Bereitschaft von mindestens 20 Prozent Voraussetzungen, damit die volle Arbeitslosenentschädigung während eines laufenden IV-Verfahrens erbracht werden kann. Wird die versicherte Person zu 100 Prozent krankheitsbedingt arbeitsunfähig, greifen die regulären Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Demnach richtet die Arbeitslosenkasse das volle Taggeld längstens bis zum 30. Kalendertag nach Beginn der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit aus. Danach können Taggelder erst ausgerichtet werden, wenn wieder eine Arbeitsfähigkeit von mindestens 20 Prozent besteht. Somit ist es richtig, dass die Arbeitslosenkasse ihre Leistungen auf einen Monat beschränkt hat.

**PROTEST:** Diese Baubüezer sind für einen besseren Gesamtarbeitsvertrag auf die Strasse gegangen. **FOTO: KEYSTONE**



## Praktischer Online-Service: Bei Wissen Sie, was

**Wer einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt ist, profitiert von Rechten, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Doch wissen Sie, ob für Sie und Ihre Branche ein GAV gilt, und wenn ja, was darin genau geregelt ist?**

**MARIA KÜNZLI**

Sind Sie einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt? Wissen Sie, was das bedeutet und was da drinsteht? Falls Sie einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind, bei dem die Unia Sozialpartnerin ist, können Sie ihn neu ganz einfach im Internet einsehen. Dazu reichen wenige Klicks: Auf der Website der Unia geben Sie beim GAV-Check Ihren Beruf und die Postleitzahl Ihres Arbeitsortes ein, und schon bekommen Sie Einsicht in Ihren Vertrag.

**MINDESTSTANDARDS.** Ein Gesamtarbeitsvertrag ist ein Vertrag zwischen einer Gewerkschaft auf der einen und Arbeitgeberverbänden oder einem Arbeitgeber auf der anderen Seite. Für Arbeitnehmende hat ein GAV den Vorteil, dass darin gewisse Mindeststandards geregelt sind, an die sich die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber halten muss. Er regelt zum Beispiel den Mindestlohn, Lohnerhöhungen, den Ausgleich der Teuerung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Eltern- und Vaterschaftsurlaub oder Arbeitszeit-, Urlaubs- und Ferienregelungen. Im Gesetz (Obligationenrecht) ist der Zweck des Gesamtarbeitsvertrags wie folgt geregelt: «Durch den Gesamtarbeitsvertrag stellen Arbeitgeber oder deren Verbände und Arbeitnehmerverbände gemeinsam Bestimmungen über Abschluss, Inhalt und Beendigung der einzelnen Arbeitsverhältnisse der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf.» Mehr zur gesetzlichen Grundlage finden Sie hier: **rebrand.ly/or-gav**.

Ein Gesamtarbeitsvertrag ist für Arbeitnehmende immer ein Vorteil, weil er die beste Garantie für gute Arbeitsbedingungen ist. Damit haben sie etwas in der Hand, um sich gemeinsam mit der zuständigen Gewerkschaft für faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Die Arbeitgeberin ist verpflichtet, die im Vertrag geregelten Standards einzuhalten.

## der Unia können Sie Ihren Gesamtarbeitsvertrag einsehen in Ihrem GAV alles steht?

Gleichzeitig schützt der GAV auch die Arbeitgeber, weil sie alle daran halten müssen und keine Firma andere mit Dumpinglöhnen übertreiben kann. Ausserdem sind die Regelungen in einem Gesamtarbeitsvertrag meist besser als die gesetzlichen Mindestvorgaben. So kann ein GAV auch eine Vorrangrolle für künftige gesetzliche Bestimmungen wahrnehmen, zum Beispiel beim 13. Monatslohn, bei Ferien, bei Arbeitszeiten oder Frühpensionierungen.

**CHECKEN.** Schön und gut. Doch was steht im Gesamtarbeitsvertrag, der Sie betrifft? Hält Ihre Firma die geregelten Vorgaben tatsächlich ein? Checken Sie's im GAV-Check! Gut zu wissen: Die meisten Gesamtarbeitsverträge gelten nur für jene An-

stellungen, die gewerkschaftlich organisiert sind und in einem Betrieb arbeiten, der Mitglied eines Arbeitgeberverbandes ist. Wenn die Arbeitnehmer- und die Arbeitgeberseite dies aber beantragen, kann der Bundesrat einen GAV allgemeinverbindlich erklären. Dann gilt er

**Hält Ihre Firma die geregelten Vorgaben tatsächlich ein?**

für alle in der ganzen Branche. Rund 60 der über 250 Gesamtarbeitsverträge, an denen die Unia beteiligt ist, sind allgemeinverbindlich.

Hier geht's zum GAV-Check der Unia: **rebrand.ly/gav-check**. Weitere Infos: **gav-service.ch**.

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

## Mit diesen Apps lernen Sie Sprachen

Beim Lernen einer Sprache helfen Spezial-Apps. Ihre Methoden unterscheiden sich aber deutlich: spielerisch oder schulisches lernen? Konversation oder Grammatik? Die App Duolingo verspricht vollmundig die «weltbeste Methode», um Sprachen zu lernen. Doch wie gross ist der Lerneffekt mit solchen Apps wirklich? Wir haben die Gratisversionen von fünf der meistbenutzten Apps ausprobiert – auf französisch, weil die Sprache im Gegensatz zu Englisch nicht im Fokus der App-Entwickler steht und somit Rückschlüsse auf weitere Sprachen zulässt. Geprüft haben wir Benutzerfreundlichkeit, Umfang, Lernmethoden und Zielsetzung. Fazit: Die Unterschiede zwischen den Apps sind gross, und die Art der Übungen variiert stark.

**DER VERGLEICH.** Wer nur ein paar Worte für die Ferien lernen möchte, ist etwa mit Drops gut bedient – einer App, die vor allem ein Vokabeltrainer ist, die zwischen den Übungen aber leider lange Wartezeiten erzwingt. Wem Grammatik wichtig ist, der entscheidet sich für Babbel oder Mondly, bei denen der Umfang der Gratisversion aber stark eingeschränkt ist. Eine gute Alternative ist Busuu. Und Duolingo mit der «weltbesten Methode»? Bunte Kästchen mit Wörtern mögen motivieren, effizient ist das spielerische Anklöckern aber nicht. Raphael Berthelé, Professor für Sprachdidaktik an der Uni Freiburg, sagt: «Die Forschung zeigt, dass gezielte Grammatikübungen den Lerneffekt bei Erwachsenen enorm beschleunigen.» Generell solle man neben dem Lernen mit der App viel in der Fremdsprache hören, sprechen und lesen.

Achtung: Lern-Apps vermitteln nicht nur Wissen, sie sammeln zu Werbezwecken auch Daten der Benutzer und schicken Nachrichten und Erinnerungen. Bei den meisten Apps können Sie dies in den Einstellungen ablehnen. THOMAS SCHWENDENER



**OFFEN FÜR NEUES:** Beim Lernen einer Sprache können Apps helfen. **FOTO: SHUTTERSTOCK**

## Nutri-Score auf Lebensmitteln Wo die Ampel hilft

**Wie praktisch es wäre, wenn beim Einkaufen auf jedem Produkt ersichtlich wäre, ob es gesund sei oder nicht. Der Nutri-Score ist dabei eine Hilfe. Aber ...**

Der Nutri-Score ist in der Schweiz auf über 6000 Produkten zu finden. Über eine Art Ampelsystem liefert der Hersteller damit auf freiwilliger Basis Informationen über den Nährstoffgehalt seines Produkts. Der Nutri-Score bewertet Lebensmittel anhand von negativen (Zucker, gesättigte Fettsäuren und Salz) und positiven Eigenschaften (Anteile an Obst und Gemüse, Eiweiss und Ballaststoffe). Das Ergebnis steht in Form eines Buchstabens auf dem Produkt: von einem grünen A (sehr ge-

sund) bis zum roten E (unge-sund).  
**VERGLEICHEN.** Ziel des Nutri-Scores ist es, dass die Konsumentin oder der Konsument Produkte vergleichen kann: Wenn schon Fertigpizza, dann diejenige, die ein bisschen gesünder ist. Die Bewertungsskala soll Hersteller auch dazu animieren, ihre Produkte gesünder zu machen. Der Nutri-Score kann hilfreich sein. Allein auf ihn sollten Sie sich aber nicht verlassen. Wenn Sie nur A-Produkte essen, heisst das nicht automatisch, dass Sie sich gesund ernähren, weil die Ausgewogenheit ebenso entscheidend ist. (mk)  
Mehr Infos: **rebrand.ly/nutri-score**



# workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



**K-Tipp.**  
Wir testen für Sie.  
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 3  
Das Lösungswort lautete: HELDNINNEN



**HELDNINNEN**  
DEN PREIS, 200 Franken Reka-Card-Guthaben,  
hat gewonnen: Beda Rinderer, Buchs SG  
Herzlichen Glückwunsch!

Untreue von Verheirateten			Nachfolger v. Moses	ausserdem	brit. Fussballclub			heilige Schale d. Artussage	Meerriese der nord. Sage	Doppelkonsonant	Ferienort in Südtirol		befest. Ufer am Hafen		Teufelsrochen	Comic-Wikinger	Vorfahr, Stammvater	ugs.: Fernsehen
Spasmacher im MA						9	histor. span. Flotte								3. Person von haben (Präs.)			
sächl. Fürwort			Widerhall Mz.		Die Migros-...!								(jmd. etwas) zufügen		13 x die ...!			6
Alphomvariante							akust. Kunst		frz. Filmpreis		Körperfunktion							offene Geländefahrzeuge
					wackelig		Streik in der ... in Ecublens								Unordnung		Teil des Computers	
Faulheits... bei den Wirten		Warnsignalgeräte		durchsichtige Anstriche						10	Äxte		Umhang mit Kapuze					
Kirchen-gesang					Bücher-gestelle	Seeräuber Mz.		Animation-film-studio	Serie		Kanonenkönig (Emil)			Sitz-wasch-becken Mz.		internat. Presse-agentur		
	12																	
Nacht-vogel	originell. Mensch, Sonderling		schweiz. Doku-filmer (Paul)								die Kern-spaltung betref-fend		Fussbe-kleidung (engl.)					
arg. schlimm							wein-artiges Honig-getränk	Apfel-wein (engl.)	Bergzug im Kt. ZH							4	alter Adels-titel	Stoss mit dem Fuss
			7															
			bereit-willig, mit Ver-gnügen	südam. Busch-messer						11			Stras-sen-bahn		dt. Vorsilbe			8
Fluss im Engadin		Kunst-samm-lung							Film-faultier			Begleit-schiff, Ver-sorger						13
harter Teil der Vogel-feder					ugs.: sowieso	ital. Tonbez. für das E		clever								Initialen e. frz. Film-dolchs der 60er		auf diese Weise, derart
			14															
Wort am Gebets-ende	Segel-kom-mando: Wendet!				stimm-hafter Laut								...Fälle ver-jähren nicht mehr					
				berühm-tes Pop-musical				Schlag-instru-ment (engl.)					Grund-nah-rungs-mittel					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work,  
Postfach, 3000 Bern 16,  
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 4. April 2024





**Mach mit bei der grossen Umfrage zur Lehre**

**UNIA**

OK!




**Deine Meinung ist gefragt!**

**Deine Rechte in der Lehre: Mitmachen und gewinnen!**



Jetzt ausfüllen!

**UNIA**

Jugend

**WORKLESERFOTO**



**So meldet sich der Frühling**

**WANN** 18. März 2024  
**WO** Helvetiaplatz in Bern  
**WAS** Die Knospe an einem Rosskastanienbaum öffnet sich  
 Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
 Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**WORK 3 / 8.3.2024: HURRA! DIE 13. AHV-RENTE IST DA!**

**Das wahre Gesicht der Bürgerlichen**

Ich weiss noch: Irgendwann in den frühen 1990er Jahren las ich zum ersten Mal einen Bericht, dass auch in der Schweiz die Altersarmut ein grosses, wenn auch kaum sichtbares Problem sei – und daran hat sich seither nichts geändert! Nun aber erfolgte mit der Annahme der 13. AHV-Rente immerhin der allererste Schritt seither in die richtige Richtung! Denn in diesen gut 30 Jahren haben die Bürgerlichen jede Stärkung der AHV mit unermüdlicher Lobbyarbeit in den Wandelhallen und satten Kampagnen-Budgets bekämpft und waren jedesmal erfolgreich. Und jetzt, wo sie das erste Mal unterliegen, genügt es ihnen nicht, das Wahlvolk schon im Abstimmungskampf beschimpft zu haben (wie z. B. alt BR Ogi); nein: sie fallen nun auch nach dem Volkstotum mit noch mehr Schaum vor dem Mund über die AHV-freundlichen Schweizer her und nennen sie «Trottel», «Egoisten», «Verschwender», «korrupt», «sozial verantwortungslos» u. v. a. m. Das ist die neue Sprache der neuen Geldadel-Feudalisten, die in altbewährter Manier davon überzeugt sind, dass es dem Land (und der Welt) nur gutgehen kann, wenn sie alles besitzen – und auf die Besitzlosen schauen sie nur verächtlich herab. Ich bin ihnen sehr dankbar, dass sie endlich ihre Maske der Wohlstandigkeit fallen-

lassen und ihre gezinkten Karten offen auf den Tisch legen, für alle sichtbar

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH SO

**Arbeitgeber sollen das bezahlen**

Ich schlage vor, dass die Arbeitgeber hundert Prozent der zusätzlichen Lohnprozente übernehmen. Die meisten Arbeitgeber haben die letzten Jahre die Teuerung nicht angemessen ausgeglichen. Selbst wenn sie die Kosten für die 13. AHV-Rente voll übernehmen würden, wären die Reallöhne noch immer tiefer als vor der Teuerung.

MAT VOLGE, VIA FACEBOOK

**WORK 2 / 16.2.2024: WO SIE «SOZIAL» IST, BESTIMMT DIE MIGROS SELBER**

**Nicht im Sinne von Duttweiler!**

Anständige Arbeitgeber sind immer dünner gesät; dagegen vermehren sich unanständige und ihre Helfer wie die Ratten. Was würde wohl Gottlieb Duttweiler zu diesem Murks gegenüber den Mitarbeitenden sagen? Meine Empfehlung: Es gibt genug andere Einkaufsmöglichkeiten, in denen das Personal anständiger behandelt wird!

HEIRI GANTENBEIN, BOTTIGHOFEN TG

**WORK 3 / 8.3.2024: RUHE FÜR REICHE, KRACH FÜR DIE ANDEREN?**

**Unterstützung für Referendum**

Eklig! Herzlichen Dank für das Referendum. Wird gerne unterschrieben.

MARKUS A. KLOPFENSTEIN, VIA FACEBOOK

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000Bern16](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000Bern16)



**OFFENER BRIEF AN DIE REGIERUNG UND DAS PARLAMENT VON ST. GALLEN**

**«Wir verfolgen mit Sorge die Entwicklung in unseren Spitälern»**

Wir sind pensionierte Kaderpersonen aus der Pflege, die jahrzehntelang im sanktgallischen Gesundheitswesen gearbeitet haben. Mit grosser Sorge verfolgen wir die Entwicklung in unseren öffentlichen Spitälern, insbesondere den dort angekündigten Abbau von 440 Stellen. Dieser Kahlschlag gefährdet die Sicherheit der Gesundheitsversorgung. Es liegt auf der Hand, dass mit diesem Schritt der Verfassungsauftrag, «die Bevölkerung erhält zu für sie tragbaren Bedingungen eine ausreichende Gesundheitsversorgung» (Art. 15), nicht länger erfüllt ist. Zudem ist der Anspruch auf «tragbare Bedingungen» Makulatur, steigen doch die Gesundheitskosten unaufhaltsam an. Diese sind gemäss Sorgenbarometer 2023 und Sorgenmonitor 2024 wiederum die Sorge Nummer eins der Bevölkerung.

**IN DER VERANTWORTUNG.** Deshalb sind jetzt Parlament und Regierung gefordert, die ihnen von der Verfassung auferlegte Verantwortung, die Sicherheit der Gesundheitsversorgung zu garantieren, wahrzunehmen. Die Massnahmen wurden als «alternativlos» bezeichnet. Trotzdem schlucken weder Belegschaft noch Bevölkerung diese Radikalkur. 3000 Menschen protestierten dagegen auf der Strasse. Bei den Mitarbeitenden stiessen die intransparenten Massnahmen auf Unverständnis und lösten Frustration, Angst und Unsicherheit aus. Wo waren Regierungsrat, Kantonsrat und Staatwirtschaftliche Kommission, die den Entscheid des Verwaltungsrats hätten korrigieren müssen? Die politisch Verantwortlichen versteckten sich ganz offensichtlich hinter dem Verwaltungsrat. Der Fehlentscheid des Verwaltungsrats hat Image- und Reputationsschäden für die Gesundheitseinrichtungen zur Folge. Und er wirkt abschreckend auf junge Menschen, die vor der Berufswahl stehen. Der Abbaubeschluss wird deshalb die Rekrutierung der dringend benötigten Fachleute langfristig belasten.

**ÖKONOMISIERUNG GEFÄHRDET.** Bildung, Sicherheit oder Ordnung sind Staatsziele, die in der Verfassung verankert sind. Niemandem käme in den Sinn, dass die Schulen oder die Polizei gewinnbringend arbeiten müssen. Von Spitälern wird das aber erwartet. Die aktuelle Spardebatte zeigt, dass wir neue Regeln für die Spitalfinanzierung brauchen.

Deshalb fordern wir Unterzeichnende folgende dringenden Massnahmen:

- Die politischen Behörden sollen den Mitarbeitenden der kantonalen Gesundheitseinrichtungen Dank, Anerkennung und Wertschätzung aussprechen.
- Die Regierung und die anderen politischen Instanzen müssen ihre Aufsicht konsequent wahrnehmen und sich negativ auswirkende Stellenabbauaktionen frühzeitig verhindern.
- Der Kantonsrat soll Sonderkredite bewilligen, um den bereits beschlossenen Stellenabbau rückgängig zu machen.
- Es muss eine ausserordentliche Gesundheitskommission einberufen werden, die aus Kantonsrät:innen und Akteur:innen aller Gesundheitsberufe besteht. Indem die Fachleute einbezogen werden, können sie ihre beruflichen Lebenswelten in die viel zu oft realitätsferne Politik einbringen. Die Kommission hat den Auftrag, Verbesserungsmaßnahmen mit Sparpotential zu erarbeiten. Dazu gehören beispielsweise Projekte aufgleisen wie «Entbürokratisierung im Spital» und die Entlastung der Ärzt:innen und Pflegenden von nichtärztlichen beziehungsweise nichtpflegerischen Aufgaben, um mehr Zeit für die direkte Arbeit bei den Patient:innen zu haben.
- Der Kanton St. Gallen soll nach Bundesbern eine Standesinitiative überweisen, die verlangt, dass das wettbewerbsorientierte Krankenversicherungsgesetz (KVG) abgelöst wird durch ein neues, auf Nachhaltigkeit gestütztes Gesundheitsgesetz.

Für die IG 60plus des Schweizerischen Berufsverbandes der Pflegefachfrauen/-männer SG/TG/AR/Al Bruno Facci, Ganterschwil; Ruth Frick, Wil; Agnes Haag, St. Gallen; Pia Hollenstein, St. Gallen; Hans Peter Hug, Oberuzwil; Brigitte Reiss, Wil; Monika Stalder, Hemberg

## EMANUEL GRIGORAS

## FREIZEIT FÜR DIE FAMILIE

Der 29-jährige Emanuel Grigoras lebt seit fünf Jahren in Deutschland, seit anderthalb Jahren pendelt er zum Arbeiten in die Schweiz. Der Arbeitsweg über die Grenze mache ihm nichts aus, die Zugverbindungen seien gut, sagt Grigoras. Der gebürtige Rumäne lebt mit seiner Frau und seinem knapp zweijährigen Sohn Levi in Schopfheim. In seiner Heimat Rumänien gebe es zwar Arbeit, sagt Emanuel Grigoras, aber sie sei sehr schlecht bezahlt, und die Löhne reichten kaum zum Leben.

## SONNTAGSFAHRT MIT PUBLIBIKE.

Die Familie fülle momentan seine ganze Freizeit aus, Hobbys hätten da keinen Platz. «Am Wochenende unternehmen wir als Familie oft Ausflüge, manchmal auch in die Schweiz», sagt er. Hin und wieder seien sie mit dem Velo unterwegs, in Basel auch mal mit Publibike. An seinem Wohnort gebe es kein solches Veloverleihsystem. Um Einkäufe zu erledigen, sei er lieber mit dem Auto unterwegs. «In der Freizeit fahre ich aber sehr gerne Velo.»



**Emanuel Grigoras (29) bringt täglich Velos in Fahrt**

# «Am liebsten arbeite ich in der Werkstatt»

**In vielen Schweizer Städten gehören sie längst zum Stadtbild: die Publibikes. Allein in Basel sind 800 Velos des Verleihers in Betrieb. Emanuel Grigoras (29) arbeitet in der Publibike-Werkstatt und sorgt dafür, dass die Räder funktionstüchtig bleiben und dort abgestellt sind, wo sie gebraucht werden.**

MARIA KÜNZLI | FOTOS STEFAN BOHRER

Fährt Emanuel Grigoras mit dem Lieferwagen rückwärts durch den engen Durchgang in den Innenhof der Werkstatt in Basel, muss er Millimeterarbeit leisten, damit die Rückspiegel nicht an der Wand schrammen. Manchmal lädt er mehrmals täglich Velos ein und aus, um sie zu reparieren oder sie mit dem Lieferwagen an die Stationen zurückzubringen. Emanuel Grigoras arbeitet seit anderthalb Jahren für den Veloverleihservice Publibike: Wer mit den öf-

fentlichen Velos, die es mittlerweile in vielen Schweizer Städten gibt, fahren will, muss sich online oder über eine App registrieren. Dann kann die Kundin oder der Kunde ein Velo an einer beliebigen Station ausleihen und es an einer anderen wieder abstellen. Emanuel Grigoras, ein weiterer Kollege und Betriebsleiter Vlad Nicolescu sind als Dreierteam für die Velostationen in Basel-Stadt verantwortlich. Das bedeutet: Montag bis Freitag halten sie täglich 800 Velos in Schuss, verteilt auf 290 Stationen. Am Wochenende gibt es einen Pikettdienst.

**ZWISCHEN ZWEI LÄNDERN.** Emanuel Grigoras ist 29 Jahre alt und lebt in Schopfheim, einer deutschen Kleinstadt nahe der Schweizer Grenze. Jeden Tag fährt der Familienvater rund 30 Kilometer mit dem Zug zu seiner Arbeitsstelle in Basel, ein Weg dauert 40 Minuten. Den Aufwand nimmt er gerne in Kauf, wie er etwas schüchtern erzählt. Sein Lohn ist für

Schweizer Verhältnisse zwar klar am unteren Limit, dennoch verdiene er fast doppelt so viel wie bei einer vergleichbaren Stelle in Deutschland. Wie viel genau, möchte er lieber nicht verraten. Da die Lebenshaltungskosten beim nördlichen Nachbarn um einiges tiefer sind als in der Schweiz, komme er mit dem Lohn gut durch – trotz den Mehrkosten für den Arbeitsweg. Vor Publibike war Emanuel Grigoras während dreier Jahre bei der Firma Auto-Kabel als Automechaniker angestellt. Diesen Beruf hat der gebürtige Rumäne in seinem Heimatland gelernt. Weil sein Abschluss weder in Deutschland noch in der Schweiz anerkannt wird, ist sein Lohn tiefer als jener der Mechaniker mit eidgenössischem Diplom. Das war bei Auto-Kabel so und trifft auch jetzt bei Publibike zu.

«Mein Arbeitstag beginnt immer direkt am Bahnhof Basel, wo ich meinen Arbeitskollegen und meinen Chef treffe. Am Bahnhof befinden sich die meistfrequen-



IM ELEMENT: Beim Reparieren der Velos fühlt sich Emanuel Grigoras am wohlsten.

tierten Stationen. Täglich kontrollieren wir hier als erstes die Velos auf ihre Fahrtüchtigkeit und sammeln die defekten oder überschüssigen Fahrräder ein», erzählt Grigoras. Vor allem die Bremsen werden regelmässig kontrolliert. Denn: «Sicherheit ist das Wichtigste.» Das Zweitwichtigste: Bei jeder Station müssen genügend Velos – solche mit und ohne Elektroantrieb – zur Verfügung stehen. Also lädt die Publibike-Crew dort, wo zu viele Velos parkiert sind, einige auf und lädt sie an Stationen ab, wo welche fehlen. Da alle Velos mit einem GPS-Sender ausgestattet sind, sehen die Mitarbeiter online, welche Stationen gut oder schlecht bestückt sind. «Wir bekommen automatisch eine Nachricht, wenn eine Station überlastet ist», so Grigoras.

**FUSSSTÄNDER UND DYNAMOS.** Während eine Person mit dem Lieferwagen unterwegs ist, repariert die andere nach dem morgendlichen Einsatz am Bahnhof die kaputten Velos in der Werkstatt. Der Betriebsleiter überwacht derweil die Stationen, plant die Route des Lieferwagens, verteilt die Aufgaben und packt an, wo es nötig ist. «Bei den Velos, die eine Wartung brauchen, müssen oft die Fussständer geflickt werden, die Reifen aufgepumpt, der Dynamo repariert oder die Schaltung neu eingestellt werden», erzählt Emanuel Grigoras. Die Arbeit an den Velos verrichte er am liebsten, wobei ihm gerade auch die Abwechslung gefalle. Es sei nie langweilig und immer etwas los. Neben dem Unterhalt der Velos und der Ausgleichslogistik muss das Team auch die Akkus der E-Bikes im Blick haben und die Tickets der Kundschaft bearbeiten. «Hat eine Kundin oder ein Kunde ein Problem, zum Beispiel weil sich der Sattel nicht verstellen lässt, kann sie oder er sich über die App melden, was dann als sogenanntes Ticket zu uns kommt.»

Für seine Arbeit braucht Emanuel Grigoras handwerkliches Geschick, körperliche Fitness, einen Führerschein und gute Kenntnisse des Basler Strassennetzes. «Hier gibt es so viele Einbahnstrassen und Fahrverbote, dass wir manchmal ziemliche Umwege fahren müssen, um von einer Station zur nächsten zu gelangen», sagt Grigoras und lacht. Es gebe auch einige Regeln zu beachten, zum Beispiel dürften sie nur montags zwischen 5 und 11 Uhr zu den Stationen in der Innenstadt fahren.

Die Arbeit im kleinen Team schätzt Emanuel Grigoras. Alle drei Angestellten kommen ursprünglich aus Rumänien. Das erleichtere zwar die Kommunikation untereinander, dafür komme er nicht so oft dazu, Deutsch zu sprechen, weshalb ihm die Sprache immer noch Mühe bereite. Vielleicht wird es ihm eines Tages sein kleiner Sohn beibringen.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)  
**Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), [annesophie.zbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophie.zbinden@workzeitung.ch); Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Darija Knežević, [darijaknezevic@workzeitung.ch](mailto:darijaknezevic@workzeitung.ch); Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), [parzivalmeister@workzeitung.ch](mailto:parzivalmeister@workzeitung.ch); Iwan Schauwecker, [iwanschauwecker@workzeitung.ch](mailto:iwanschauwecker@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Nils Boeing, Roland Erni, Oliver Fahmi, David Gallusser, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektur** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily, [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.